

MITTEILUNGEN

der HUMANISTISCHEN UNION e.V.

Zeitschrift für Aufklärung und Bürgerrechte

Die Menschenwürde – 40 Jahre HUMANISTISCHEN UNION

Die Schrecken des 2. Weltkrieges haben dazu geführt, Kataloge der Menschenrechte mit einem Bekenntnis zur Menschenwürde zu eröffnen. Den Auftakt gab im Dezember des Jahres 1948 die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte. Laut deren Präambel bilden die Anerkennung der allen Menschen innewohnende Würde und deren unveräußerliche Rechte die Grundlage der Freiheit, der Gerechtigkeit und des Friedens in der Welt. Die aus den Anfängen des Naturrechtsdenkens überkommene Formel von den frei und gleich geborenen Menschen wird ergänzt. In Art. 1 Abs. 1 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte heißt es nunmehr: „Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren“.

Was hier wie eine Gegebenheit beschrieben wird, ist als Herausforderung gemeint. Die deskriptive Fassung dieses normativ/vorschreibend gedachten Satzes soll dessen Unbedingtheit deutlich machen, die keine Ausnahmen zulässt. Vor dem Hintergrund des Zivilisationsbruchs in den Jahren 1933 bis 1945 wird die Würde des Menschen als oberster Wert in einer zivilen Gesellschaft begriffen. So ist das auch unser Grundgesetz eröffnende Bekenntnis zur Unantastbarkeit der Menschenwürde das Leitprinzip einer Verfassung, die sich als Gegenentwurf zum totalitären Staat versteht.¹

In Auseinandersetzung mit der kommunistischen Ideologie hat das Bundesverfassungsgericht das Verhältnis von Bürger und Staat thematisiert und festgestellt, dass in einer freiheitlichen Demokratie

Fortsetzung auf Seite 98



Der neue HU-Bundesvorstand: v.re. n. links: Jürgen Kübling, Till Müller-Heidelberg, Irmgard Koll, Reinhard Mokros, Fredrik Roggan, Fritz Sack, Nils Leopold und Ingeborg Rürup, (2. v. li. Tobias Baur) Kurzanzeigen: S. 97, DK-Bericht: S. 103

Testamente für die HUMANISTISCHE UNION

Seit Jahren decken die Einnahmen der HUMANISTISCHEN UNION nicht mehr ihre Ausgaben, obwohl wir mit Verlegung und Umstrukturierung der Geschäftsstelle die Kosten nicht unerheblich gesenkt haben. Aber immer weniger Mitglieder müssen eben mit ihren Beiträgen diese Kosten ausgleichen. Jedes Jahr haben wir einige zig tausend DM Verlust.

Und gerade die Gegenwart mit den verschiedenen Sicherheitspaketen des Herrn Schily wie auch die Auseinandersetzungen z.B. um den Religionsunterricht in Brandenburg, Berlin und NRW zeigen uns, wie wichtig unsere Arbeit ist. Wir hätten schon längst in den letzten Jahren aufgeben müssen, wenn wir nicht beginnend ab den 90er Jahren mehrere außerordentlich große testamentarische Erbschaften und Vermächtnisse erhalten hätten. Eine Berücksichtigung der HU in einem Testament bietet die Möglichkeit, auch nach dem Tod die älteste Bürgerrechtsorganisation zu unterstützen. Wie uns ein Mitglied schrieb: „Es ist die schmerzloseste Weise, der HU Geld zukommen zu lassen“. Denken Sie in Ihrem Testament auch an die HUMANISTISCHE UNION.

Der Vorstand

Inhalt:

- 97 40 Jahre HUMANISTISCHE UNION
- 101 Spendenaufruf: Bürgerrechte sind kein Luxus
- 103 Bericht von der Delegiertenkonferenz der HU
- 105 Pressemitteilungen
- 110 Diskussionsredaktion
- 110 Tagungshinweise
- 111 Über die Verwerflichkeit des Versprechens einer uneingeschränkten Solidarität
- 113 Souverän über Krieg und Frieden?
- 113 Buchbesprechungen
- 115 Europäischer Aufruf
- 116 HU-Nachrichten

HU mit neuem Bundesvorstand gegen Abbau der Bürgerrechte

Dr. Till Müller-Heidelberg wurde von der Delegiertenkonferenz erneut zum Bundesvorsitzenden der HU gewählt; stellvertretende Bundesvorsitzende ist *Ingeborg Rürup*. Wieder im neunköpfigen HU-Bundesvorstand vertreten sind *Prof. Dr. Fritz Sack* und *Prof. Dr. Rosemarie Will*. Gleich fünf Mitglieder wurden erstmals in den Bundesvorstand der HU gewählt, davon werden drei Personen vorrangig zu bestimmten Themenschwerpunkten arbeiten. Damit gehören dem Vorstand der HU hochrangige Experten für Innen- und Rechtspolitik an. Vor dem Hintergrund der aktuellen welt- und innenpolitischen Entwicklungen wird sich der neue Bundesvorstand kritisch mit den verfassungsrechtlichen Bedenken gegen die „Aufrüstung“ im Bereich der Inneren Sicherheit auseinandersetzen. Tobias Baur

Vorsitzender: *Dr. Till Müller-Heidelberg*, Mozartstr. 3, 55411 Bingen, Tel. (p) 06721/ 29 29, Tel. (d) 06721/ 1812-0, Fax 06721/ 1812-10. Rechtsanwalt, Mitglied der IALANA, des Darmstädter Signals und der SPD; Arbeitsschwerpunkte: Bürger-/ Freiheitsrechte, Innere Sicherheit, Frieden, § 218, Patientenverfügung, Ausländer, Asyl. Verfasser verschiedener HU-Broschüren wie „Weg mit dem Verfassungsschutz“ und „Innere Sicherheit“, Mitherausgeber des Grundrechte-Reports.

Stellvertretende Vorsitzende: *Ingeborg Rürup*, Sächsische Straße 66, 10707 Berlin, Tel. 030/ 882 52 30. Studienrätin a.D. und Historikerin; Mitglied des Bundesvorstandes seit 1993; Arbeitsschwerpunkte: AusländerInnen, Asyl, Ethik und Medizin, Militär.

Irmgard Koll, Zunzinger Str. 7 a, 79379 Müllheim, Tel. 07631-170263, E-Mail: collima@gmx.net. Dolmetscherin und bis September 2001 Diskussionsredakteurin der Mitteilungen.

Trennung von Staat und Kirche: *Dr. Jürgen Kübling*, (Büro): RA'e Dr. Bertelsmann und Gäbert, Osterbekstr. 90 C, 22083 Hamburg. Bis Anfang 2001 Richter im Ersten Senat des Bundesverfassungsgerichts. Rechtsanwalt in Hamburg.

Datenschutz, Gentechnikfragen: *Nils Leopold, LL.M.*, Simon-Dach-Str. 37, 10245 Berlin, Tel. 030-29666377, E-Mail: NilsLeopold@gmx.de. Rechtsinformatiker und Rechtsanwalt, VdJ-Mitglied und Redakteur der Zeitschrift „Ansprüche“, z.Zt. Promotionsvorhaben zur Videoüberwachung.

Europa: *Reinhard Mokros*, z.Zt. Thomas-Mann-Str. 25, 41068 Mönchengladbach. Polizeidirektor im Polizeipräsidium Aachen, Mitautor des „Handbuchs für Polizeirecht“ (Hrsg. von den Professoren Liskan und Denninger) und ehemals Dozent an der Fachhochschule für Öffentliche Verwaltung des Landes Nordrhein-Westfalen. Arbeitsschwerpunkte: EUROPOL, Europäische Bürgerrechtsfragen.

Dr. Fredrik Roggan, Olgastr. 33/ 34, 28203 Bremen. Rechtswissenschaftler und Autor des Buches „Auf legalem Weg in einen Polizeistaat“ (2000) zur rechtswissenschaftlichen Kritik einer Politik der „Inneren Sicherheit“ und Autor zahlr. Beiträge in juristischen Fachzeitschriften.

Prof. Dr. Fritz Sack, Siebenschön 35, 22529 Hamburg, Tel. 040/ 450 54 64. Professor für Kriminologie (Aufbau- und Kontaktstudium Kriminologie der Universität Hamburg), Institut für Sicherheits- und Präventionsforschung.

Prof. Dr. Rosemarie Will, Unter den Linden 8, 10117 Berlin, Juristische Fakultät, Tel. 030-2093-3300, E-Mail: rosemarie_will@rewi.hu-berlin. Professorin für Öffentliches Recht, Staatslehre und Rechtstheorie der Humboldt-Universität zu Berlin; Richterin am Verfassungsgericht Brandenburg, SPD-Mitglied, Mitglied der SPD-Grundwertekommission.

Die Menschenwürde – 40 Jahre HUMANISTISCHEN UNION

Fortsetzung von Seite 96

die Würde des Menschen der oberste Wert sei. Das Denken und Verhalten der Menschen werde nicht durch ihre Klassenlage eindeutig determiniert. Vielmehr sei der Mensch als fähig anzusehen, seine Interessen und Ideen mit denen anderer auszugleichen. Dem Bundesverfassungsgericht dient die Würde des Menschen als zentrales Begründungselement der Prinzipien der Freiheit und der Gleichheit. „Um seiner Würde willen“, so das Bundesverfassungs-

gericht, muss jedem „eine möglichst weitgehende Entwicklung seiner Persönlichkeit zugesichert werden“. Es genüge daher nicht, wenn „eine Obrigkeit sich bemüht, noch so gut für das Wohl von 'Untertanen' zu sorgen; der Einzelne soll vielmehr in möglichst weitem Umfang verantwortlich auch an den Entscheidungen der Gesamtheit mitwirken.“

Daher sei die vom Staat zu gewährleistende Geistesfreiheit für das Funktionieren *Fortsetzung auf Seite 99*

Fortsetzung von Seite 98

einer freiheitlichen Demokratie entscheidend wichtig. Nicht nur bewahre sie diese vor Erstarrung. Sie – die Meinungsfreiheit – zeige vor allem „die Fülle der Lösungsmöglichkeiten für Sachprobleme“ auf.

Ähnlich leitet das Bundesverfassungsgericht die Gleichheit aus dem Prinzip der Menschenwürde ab. Da diese – wie die Freiheit – jedem Menschen zukomme, diese insoweit gleich seien, sei „das Prinzip der Gleichbehandlung aller für die freiheitliche Demokratie ein selbstverständliches Postulat“. Diese Einsicht lässt das Gericht den Staat als ein Instrument der „Ausgleichenden sozialen Gestaltung“ begreifen; und nicht etwa als ein Instrument der Unterdrückung.²



Drei Gewalten im Gespräch: Jutta Limbach, Claudia Roth, Till Müller-Heidelberg am Rande der 40 Jahre-Feier

Der auf den Gerichtsschutz verengte Blick

Unser heutiges Verständnis von Menschenwürde und Menschenrechten ist stark auf ihre gerichtliche Durchsetzbarkeit fixiert. Niemand von uns muss davon überzeugt werden, dass der gerichtliche Grundrechtsschutz ein wichtiges, ja notwendiges Element einer wirksamen Menschenrechtspolitik ist. Doch was nützen die besten Rechtsbehelfe, wenn Menschen das Wissen, die Mittel, der sachverständige Beistand oder einfach die Kraft fehlen, um sich dieser – der Rechtsbehelfe – zu bedienen?³

Wer sich – wie die HUMANISTISCHE UNION – die Aufmerksamkeit für die Nöte der schwachen Mitglieder unserer Gesellschaft bewahrt hat, weiß nur zu gut, dass der Verweis auf den Rechtsweg nur ein bedingt taugliches Lösungsmuster für deren Probleme ist. Man denke an die Alten, die Armen, die Obdachlosen und nicht zuletzt an die Menschen anderer Rasse und Herkunft. Darum müssen sowohl der Staat als auch seine Bürger und Bürgerinnen dem Bekenntnis zur Unantastbarkeit der Menschenwürde weiterreichende Strategien und Verhaltensweisen ablesen, um ein menschenwürdiges Zusammenleben aller in einem freiheitlichen demokratischen Staatswesen sicherzustellen.

Die Menschenwürde als Verhaltensprinzip

Wenden wir die Aufmerksamkeit zunächst den Bürgern und

Bürgerinnen zu. Ihrem Widerspruchsgeist ist es zu verdanken, dass das Bundesverfassungsgericht als Hüter der Menschen- und Bürgerrechte tätig werden kann. Doch drängt sich zuweilen der Eindruck auf, als betrachteten die Deutschen das Grundgesetz vorzugsweise unter dem Gesichtspunkt ihrer einklagbaren Rechte. Als sei der Staat der alleinige Adressat des Bekenntnisses zur Unantastbarkeit der Menschenwürde. Der Gedanke, dass das Ethos der Grundrechte auch von den Bürgern aktiv gelebt werden will, erscheint zuweilen als unterentwickelt.

Zu dieser verengten Sicht mag auch der Umstand beitragen, dass die Grundrechte an den Staat als Garanten adressiert sind. So folgt dem Bekenntnis zur Unantastbarkeit der Menschenwürde in Art. 1 GG der Satz: „Sie zu achten und zu schützen,

ist die Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“⁴ Diese Inpflichtnahme findet ihren historischen Grund darin, dass „die entsetzlichsten und zahlreichsten Gewaltverbrechen in der deutschen Geschichte vom Staat und seinen Organen begangen worden sind“.⁴

Und in der Tat war das Bekenntnis zur Unantastbarkeit der Menschenwürde und der freien Entfaltung der Persönlichkeit zu allererst eine Antwort auf das menschenverachtende Regime des Nationalsozialismus.

Aber wer sich mit dem Ethos der Menschenwürde beschäftigt, kann die Tatsache, dass Bürger unseres Staates Obdachlose erschlagen, Ausländer zu Tode hetzen oder jüdische Friedhöfe schänden, nicht schlicht dem Strafrecht überantworten. Der beste Schutz der menschlichen Würde und körperlichen Integrität ist nicht die strafrechtliche Ahndung, rassistischer Ausschreitungen. Obgleich diese im Rechtsstaat eine selbstverständliche Pflicht der Justiz ist. Vielmehr

muss der Kampf gegen die Ursachen dieses Extremismus im Vordergrund stehen. Gewiss gehören dazu auch eine erfolgversprechende Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Doch sollten wir bedenken, dass Fremdenhass ein Zeichen misslungener Bildung und Erziehung ist. Das Bemühen muss daher darauf gerichtet sein, die Bereitschaft und die Fähigkeit zu entwickeln, den Fremden zu achten und zu verstehen.⁵

Zwar ist es unbestritten Sache des Staates, die Menschenrechte zu garantieren. Doch darf über diese Pflicht des Staates nicht vergessen werden, dass die praktische Geltung der Menschenrechte von soziokulturellen Bedingungen abhängig ist. Erforderlich ist ein Mindestmaß an menschenrechtlichem Ethos bei den Bürgern und Bürgerinnen. Für den Erhalt einer menschenwürdigen Gesellschaft kommt es nicht nur auf ihren Gesetzesgehorsam, sondern auch auf ihre Loyalität und Einsatzbereitschaft für die Grundwerte unserer Verfassung an. Auch wenn das Grundgesetz mit Ausnahme der Wehrpflicht keine Grundpflichten kennt, ist der Respekt vor der Menschenwürde ein den Bürger verpflichtendes Verhaltensgebot. Zwar kein rechtlich, doch aber ein sittlich verpflichtendes.

Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte appelliert denn auch an jeden Einzelnen und alle Organe der Gesellschaft. Sie sollen sich das gemeinsame Ideal von Menschenwürde und Menschenrechten

Fortsetzung auf Seite 100

Fortsetzung von Seite 99

stets gegenwärtig halten und sich bemühen, durch Unterricht und Erziehung die Achtung dieser Rechte zu fördern (Präambel). Denn die Gesellschaft muss das Klima schaffen, in dem der Respekt und die Achtung des anderen selbstverständliche Bürgertugenden sind.

Bleierne Zeit, jetzt global?

Nicht erst die barbarischen Anschläge des 11. Septembers haben uns gelehrt, dass lokale Ereignisse globale Wirkungen zeitigen. Heribert Prantl hat auf die Folgen des Terrors für die Liberalität der westlichen Welt aufmerksam gemacht.⁶ Es ist das Ziel des Terrors, Menschen in Angst und Schrecken zu versetzen. Er will uns zur Preisgabe von Bürgertugenden bewegen, die die Grundfesten unserer Demokratie sind, nämlich zum Verzicht auf unsere staatsbürgerlichen Freiheitsrechte und das Gebot der Toleranz.

Die Chance, dass wir den Terrorismus besiegen, wenn wir diese Anschläge mit Gleichem vergelten, ist gering. Blindwütige Rache und Hass wirken nur selbstzerstörerisch. Wenn die zivilisierte Welt in ihrer Gegenwehr obsiegen will, darf sie sich in dem Respekt ihrer Grundwerte nicht ertappen lassen. Gerade das Bekenntnis zur Würde und Freiheit der Menschen zeichnet die Demokratie gegenüber totalitären Ideologien aus. Die Aufnahme dieser Grundrechte in unsere Verfassung war eine Konsequenz aus dem dunkelsten Kapitel der deutschen Geschichte. Menschenwürde und Menschenrechte kennen keine Waffen, sondern nur staatliche Instanzen sowie Bürger und Bürgerinnen, die sich ihre Achtung zur Pflicht machen.

Die HUMANISTISCHE UNION wird auf ihrem Posten bleiben müssen, auf dass der Terror unsere liberale Gesellschaft nicht untergräbt. In Zeiten gesellschaftlicher und politischer Krisen werden die Stimmen, die sich „aus Grundgesetz-Gründen“

gegen den Abbau rechtsstaatlicher Garantien verwahren, stets „sehr leise sein“.⁷ Dann wird es – wie in den zurückliegenden 40 Jahren – Sache der HUMANISTISCHEN UNION sein, lauthals das Hohe Lied der staatsbürgerlichen Freiheiten zu singen. In diesem Sinne, darf ich der HUMANISTISCHEN UNION nicht nur Dank sagen für die im Dienste der Menschenwürde geleistete Arbeit, sondern Ihnen zugleich wünschen, dass es Ihnen gelingen möge, auch künftig erfolgreich darauf hinzuwirken, dass die fundamentalen Werte unserer Rechtskultur bewahrt werden.

Prof. Dr. Jutta Limbach

Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts

Anmerkung der Redaktion: Bei diesem Text handelt es sich um die stark gekürzte Fassung der Rede im Senatssaal der Humboldt-Universität zu Berlin aus Anlass des vierzigsten HU-Gründungsjubiläums. Die vollständige Rede von Jutta Limbach ist im aktuellen Heft der vorgänge Nr. 156 abgedruckt.

1) BVerfGE 2,1 (12).

2) So das BVerfG im KPD-Urteil, BVerfGE 5, 85 (204 f.).

3) Vgl. zum Vorstehenden P. Alston und J.H.H. Weiler, An „Ever Closer Union“ in Need of a Human Rights Policy, in: P. Alston (ed.), The EU and Human Rights, Oxford 1999, S. 33 ff., 13., die betonen, dass seitens der Europäischen Gemeinschaften zuviel Vertrauen in die Macht gesetzlicher Regelung und deren gerichtliche Durchsetzbarkeit investiert wird.

4) So richtig Ulrich Baltzer in seiner kritischen Auseinandersetzung mit dem 1990 erschienenen Bericht der von der Bundesregierung eingesetzten Gewaltkommission, in: Faires Verfahren und Alltag der Strafjustiz, in: P.-A. Albrecht und O. Backes (Hrsg.), Verdeckte Gewalt, 1990, S. 220 ff., 221.

5) So unter Hinweis auf Schleiermacher Ludwig Liegle, Das Verstehen und die Achtung des Fremden als Aufgabe von Bildung und Erziehung und als Lernprozeß, in: Neue Sammlung, Vierteljahres-Zeitschrift für Erziehung und Gesellschaft, 1998, S. 357, 359.

6) H. Prantl, in: Süddeutsche Zeitung vom 14. September 2000.

7) So treffend Prantl ebenda

Ausschnitt aus der Rede von Wolfgang Wieland

[...] Wir haben in diesen Tagen vor Augen, wohin blinder Hass, Fanatismus und Intoleranz führen können. Angesichts dessen ist es wichtiger denn je, die unverzichtbaren und elementaren Grundwerte menschlichen Zusammenlebens in den Vordergrund zu rücken.

Diesem Anliegen hat sich die HUMANISTISCHE UNION in besonderer Weise gewidmet. Seit 40 Jahren pflegt sie den humanistischen Ansatz, stellt den Menschen bedingungslos in den Mittelpunkt, kämpft für Bürger- und Menschenrechte, für Emanzipation und Partizipation, wirbt für Selbstverantwortung und Selbstverwirklichung des Einzelnen. Die in unserem Grundgesetz verankerten Rechte der freien Persönlichkeitsentfaltung, der Glaubens-, Gewissens- und Bekenntnisfreiheit, der freien Meinungsäußerung, Information und Forschung sind auch das Credo der Bürgerrechtsorganisation, der ich heute zu ihrem 40. Gründungstag ganz herzlich gratulieren möchte. [...] Die HUMANISTISCHE UNION hat ihren Platz als Vereinigung kritischer Geister inner- und außerhalb der Parteien bis heute behauptet. Ihr Einsatz für das informationelle Selbstbestimmungsrecht, für das Recht auf Akteneinsicht, gegen ausufernde Videoüberwachung im öffentlichen Bereich, um nur wenige Schlagworte zu nennen, ist für den Staat oft unbequem,

aber notwendig. [...] Beim Kampf um Freiheit und Bürgerrechte, um Gleichberechtigung und Eigenverantwortung kann die HUMANISTISCHE UNION unserer Gesellschaft auch in Zukunft wichtige Dienste leisten. [...]

Wolfgang Wieland

Berliner Bürgermeister und Justizsenator

Regine Hildebrandt ist tot.

Die engagierte Fritz-Bauer-Preisträgerin des Jahres 2000 starb am 26. November im Alter von 60 Jahren nach schwerer Krankheit.

Wenige Tage zuvor hatte sie noch das beste Ergebnis bei den Wahlen zum SPD Parteivorstand erreicht.

Regine Hildebrandt war stets zuerst Mensch und dann Politikerin. Eine Stimme für die Zukunftsgekommenen. Diese große Stimme wird dem Familienchor fehlen.

Wir werden sie nicht vergessen.

„Die HUMANISTISCHE UNION wird auf ihrem Posten bleiben müssen;
auf dass der Terror unsere liberale Gesellschaft nicht untergräbt.“
Jutta Limbach, 14. September 2001

Bürgerrechte sind keine Luxusgüter ...

Schlimme Zeiten für die Menschen- und Bürgerrechte: Skrupellose Terroranschläge gefährden die Menschen- und Bürgerrechtsstandards auch hierzulande, Kriege und Bürgerkriege kommen hinzu. Auf die globalen Herausforderungen reagiert die Politik derzeit mit einer Verschärfung zahlreicher so genannter Sicherheitsgesetze in einem bisher nicht gekannten Ausmaß.

Die Strapazierung unserer Grundrechte wird von Medien und Politik wenig thematisiert. Dies zeigt: Bürgerrechtsarbeit ist unersetzbar! Die HU steuert nach Kräften gegen die bedenklichen Entwicklungen. Unter anderem haben wir zuletzt Stellung genommen bei einer Anhörung des Bundestages, per Anschreiben an die Abgeordneten sowie durch die Verbreitung fachlicher Stellungnahmen, zahlreicher Pressemitteilungen und Interviews. Die Politik zollte Aufmerksamkeit – ohne jedoch unsere bürgerrechtlichen Warnungen ernst zu nehmen. Etliche Unterstützung erfuhren wir dagegen durch nachdenklichere Menschen.

Bürgerrechtsarbeit ist wertvoll ...

Die HU nimmt dieses Wächteramt seit über 40 Jahren wahr. Seit 1961 stehen wir für die freie Selbstbestimmung der Menschen in einer zivilen Gesellschaft. Wir legen uns ins Zeug für demokratische Mitwirkungsrechte und gegen Bevormundung durch staatliche oder institutionelle Vorgaben – im Interesse der Frauen, von gesellschaftlich Ausgegrenzten oder Minderheiten, gegen demokratiegefährdende Entwicklungen und gegen das Überhandnehmen des Sicherheitsstaates.

Die HU braucht Ihre Zuwendung ...

Unsere Arbeit – obgleich von kompetenten Menschen ehrenamtlich unterstützt – ist nicht ohne finanzielle Mittel zu leisten. Da wir auch weniger kapitalkräftigen Menschen die Mitgliedschaft ermöglichen, sind wir dringend auf zusätzliche freiwillige Spenden angewiesen. Wenn Ihnen die Unterstützung unserer Bürgerrechte wichtig ist: Helfen Sie durch eine freiwillige Geldzuwendung:

Konto-Nr. 1988 66 98.00, Bank: SEB, BLZ 100 101 11. Spenden sind steuerbegünstigt!

... und Mitstreitende

Um Veränderungen im Sinne einer humaneren Gesellschaft durchzusetzen, kommt es auf jedes einzelne Mitglied an. Von der HU-Bundesgeschäftsstelle erhalten Sie gern weitere Auskunft zu den anstehenden Aufgaben und dazu, wie Sie sich gegebenenfalls selbst engagieren können. Gerne können Sie uns auch die Adresse eventuell Interessierter nennen, denen wir weitere Informationen zu unserem Bürgerrechtsverband zusenden können.

Kontakt: HU-Bundesgeschäftsstelle, Tobias Baur, Haus der Demokratie und Menschenrechte,
Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin, Tel. 030/20 45 02-56 Fax -57 Mail: info@humanistische-union.de

Ausschnitt aus der Rede von Dr. Till Müller-Heidelberg

[...] Ab den siebziger Jahren sind Gegenstand der Aufmerksamkeit der HU maßgeblich die Sicherheitsapparate der Bundesrepublik Deutschland, die die Freiheitsrechte der Bürger bedrohen.

Der Extremismusbeschluß vom 28. Januar 1972 leitet die Praxis der „Berufsverbote“, die nun Jahrzehnte lang die Diskussion beherrscht und ein unrühmliches deutsches Lehnwort in fremden Sprachen wird. In insgesamt 3,5 Millionen Fällen wird die sogenannten Regelanfrage bei den Verfassungsschutzämtern durchgeführt. Bereits im Geburtsjahr des „Radikalenerlasses“ hatte der Verbandstag der HUMANISTISCHEN UNION seine Verfassungswidrigkeit festgestellt. Für mich [...] war [...] völlig klar, daß [...] spätestens das Verfassungsgericht, diesen Beschluß und die Praxis für verfassungswidrig erklären würde. Wir wurden enttäuscht, auch vom BVerfG. Erst 1996 stellte die Große Kammer des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte letztinstanzlich fest, daß hierin ein Verstoß gegen die Menschenrechte der Meinungs- und Vereinigungsfreiheit zu sehen ist.

In der Auseinandersetzung mit den Linksterroristen der RAF bezieht die HUMANISTISCHE UNION in spezifischer Weise Position. Wer auch nur nach der Motivation der RAF-Mitglieder

fragte, wer auch nur ihr Verhalten zu verstehen (nicht zu rechtfertigen) versuchte, wurde von der Öffentlichkeit mit dem politischen Kampfbegriff des „Sympathisanten“ belegt und stigmatisiert. [...] Am 9. September 1977 schreibt die HUMANISTISCHE UNION an den damaligen Bundespräsidenten Walter Scheel einen offenen Brief, in dem eine rationale Überprüfung des Sympathisantenbegriffs eingefordert und der Präsident gebeten wird, das Gewicht seines Amtes und das Ansehen seiner Person für die Bewahrung der politischen und geistigen Freiheit in der Bundesrepublik einzusetzen. Bundespräsident Walter Scheel hat sich über weite Strecken die Argumentation der HU zu eigen gemacht. In seiner Ansprache beim Staatsakt für Hanns Martin Schleyer in Stuttgart am 25. Oktober 1977 nannte er einerseits deutlich die aktiven Helfer und Propagandisten der Gewalt und des Terrors beim Namen, distanziert sich jedoch gleichzeitig von den verheerenden Folgen des überbordenden Sympathisantenbegriffs. „[...] Haben diejenigen, die die Terroristen geistig oder materiell unterstützen, überhaupt noch nicht begriffen, was eine demokratische Lebensordnung ist, so haben diejenigen, die auf der menschlichen Würde auch des Terroristen bestehen, die Demokratie zu Ende gedacht.“ [...]

Till Müller-Heidelberg

Ausschnitt aus der Rede von Leo Derrick

[...] Ich will an eine Aktion erinnern, die erstens wie kaum eine andere Resonanz in der gesellschaftlichen Diskussion gefunden hat, und deren Grundproblem zweitens (wenn auch in einem anderen thematischen Zusammenhang) hochaktuell ist. Ich meine das Eintreten der HUMANISTISCHEN UNION für die Reform des Paragraphen 218 des Strafgesetzbuches.

Auch wenn das Ergebnis dieser Reform nach jahrelangen Auseinandersetzungen nicht unseren Idealvorstellungen entspricht, so halte ich doch die Bemühungen der HU in dieser Frage für sehr erfolgreich. Das zeigt sich nicht nur bei einem Vergleich der heutigen Rechtslage mit der damaligen Anfang der siebziger Jahre. Damals war der Schwangerschaftsabbruch nur auf Grund einer medizinischen Indikation straffrei. Und das auch nicht auf Grund des Gesetzestextes, sondern als Folge eines Reichgerichtsurteils in der Weimarer Republik. Es zeigt sich aber auch an dem veränderten gesellschaftlichen Bewusstsein in dieser Frage. [...] Es bleibt zu hoffen, dass die Lehren aus den jahrelangen Auseinandersetzungen um die Reform des Abtreibungsrechts bei der Diskussion um die Änderung des Embryonenschutzgesetzes zu einer Versachlichung beitragen. Einige Äußerungen aus kirchlichen Kreisen lassen allerdings Schlimmes befürchten. Ich halte das geltende Embryonenschutzgesetz für verfassungswidrig. Es begründet seine Verbote erneut auf der Grundlage einer bloßen Glaubensannahme, verletzt damit die Pflicht des demokratischen Staates zur weltanschaulichen Neutralität und steht im Widerspruch zum Grundrecht der Glaubensfreiheit (Artikel 4 GG) und zum Grundrecht auf Freiheit der Forschung (Artikel 5 GG). Wer den letztlich religiös begründeten Glauben nicht teilt, ein winziger Zellklumpen sei ethisch gesehen eine personale menschliche Existenz, wird per Gesetz gezwungen sich nach diesem Glauben zu richten. Zum Beispiel die Frau,

die nach einer künstlichen Befruchtung sich per Präimplantations-Diagnostik davor schützen will ein behindertes Kind zur Welt zu bringen oder der Zellforscher, der ein wirkungsvolles Medikament gegen die Alzheimer-Krankheit entwickeln will. Im Übrigen hat sich in den letzten dreißig Jahren nicht nur das politische Diskussionsklima verändert, sondern auch die jeweils betroffenen Interessen unterscheiden sich grundlegend. Die Betroffenen bei der Reform des Abtreibungsrechts waren vor allem die Frauen mit einer zunächst recht schwachen Lobby. Die neuere Frauenbewegung entstand ja maßgeblich im Rahmen der Aktion 218 und im Bundestag waren 1969 von 518 Abgeordneten nur 36 weiblich. Bei der Embryonenforschung sind aber wissenschaftliche und wirtschaftliche Interessen betroffen und die haben einen erheblich größeren politischen Einfluss als damals die Frauen. Das wird es den rechten Ideologen schwer machen, birgt aber auch die Gefahr, dass wirtschaftliche Aspekte bei der Lösung dieser diffizilen Problematik zu große Berücksichtigung finden. Die HUMANISTISCHE UNION wird in der anstehenden Diskussion gemäß Ihren Grundsätzen kritisch nach beiden Seiten beobachten und entsprechend Stellung nehmen müssen. [...]

Leo Derrick

HU-Bundesgeschäftsführender 1968 bis 1973

emanzipatorisch - radikaldemokratisch - unabhängig

Bericht vom Delegiertenkonferenz-Wochenende der HU

Festveranstaltung „40 Jahre HU“

Drei Tage nach den Terroranschlägen in den USA blieb unsere Veranstaltung zum vierzigjährigen Bestehen der HU im Senatsaal der Berliner Humboldt-Universität von den Medien weitgehend unbeachtet. Vor dem Hintergrund des welt- und innenpolitischen Geschehens bot die dennoch gut besuchte Versammlung kritische Rück- und Ausblicke und gab Anlaß zum Gedankenaustausch, u.a. mit einer aus aktuellem Anlaß erweiterten Rede der Präsidentin des Bundesverfassungsgerichtes, Prof. Dr. Jutta Limbach zum großen Thema der Menschenwürde (siehe Auszüge S. 97 bis 100).

Musikalisch umrahmt wurden eine Ansprache des Bürgermeisters und Justizsenators Wolfgang Wieland, eine Rede des Bundesvorsitzenden Dr. Till Müller-Heidelberg sowie des früheren Bundesgeschäftsführenden Leo Derrick. Kurze Ausschnitte dieser Reden haben wir in diesem Heft abgedruckt. Für alle, die nicht dabei sein konnten, sind die vollständigen Redetexte auch über die HU-Geschäftsstelle erhältlich. Den Abschluß des Feier-Abends bildete ein aus dem Stegreif geführtes Interview zwischen einem Neumitglied (Constanze Oehrich) und zwei Mitgliedern des Gründungsjahrganges (Klaus Scheunemann, Klaus Waterstradt) sowie zum Ausklang ein kleiner Empfang im Foyer des Senatsaales.

Ergebnisse der 17. HU-Delegiertenkonferenz

Zum Auftakt der HU-Mitgliederversammlung am folgenden Tag berichteten nacheinander der Vorsitzende, zwei Vorstandsmitglieder und die Geschäftsführung zu den Arbeitsergebnissen der letzten beiden Jahre: den zahlreichen Beschlüssen und politischen Bündnissen, Tagungen und Veranstaltungen, Musterklagen und Presseerklärungen sowie sonstigen Veröffentlichungen, wie der gerade erschienenen vorgänge-Festschrift, die inzwischen nicht nur bei HU-Mitgliedern für einiges Aufsehen gesorgt hat. Weiter gab es Kurzberichte einiger Arbeitskreise (AK „Sexualstrafrecht“, AK „Demokratie und Internet“ sowie zum bundesweiten Gefangenenbriefkontakt. Nach einem Bericht der Revisoren (Jürgen Gerdies und Hansjörg Siebels-Horst) wurde der Vorstand mit großer Mehrheit entlastet. Das Protokoll zur DK ist in Kürze, der Bericht der Geschäftsführung sofort bei der HU-Bundesgeschäftsstelle erhältlich.

Nachmittags wurde ein hoch interessantes Referat zum aktuellen Thema „Bioethik und Bürgerrechte“ vorgetragen. Dr. Michael Wunder (Dipl.-Psych., Leiter des Zentrums für Beratung, Diagnostik und Psychotherapie in Hamburg und sachverständiges Mitglied der Enquête-Kommission des Bundestages) stellte die derzeit vertretenen Positionen und Konfliktlinien dar – auch als Grundlage für die anschließende intensive Diskussion und die vorliegenden DK-Anträge zum Thema der Gen-Ethik.

Bei den traditionellerweise abends stattfindenden Wahlen wurde Till Müller-Heidelberg bei einer Enthaltung und einer Gegenstimme erneut zum Bundesvorsitzenden der HU gewählt. Anschließend bestimmten die Delegierten den dieses Mal neunköpfigen HU-Bundesvorstand (siehe Seite 2).

Gleich fünf Personen wurden erstmals in den Bundesvorstand der HU gewählt, davon werden drei vorrangig zu bestimmten Themenschwerpunkten arbeiten.

In die weiteren Satzungsfunktionen gewählt wurden:

Schiedsgericht der HU: Johannes Glötzner, Hannes Haupt, Heide Hering, Ursula Tjaden und Edith Wessel.

Wahlkommission: Nina Helm, Roland Otte und Thymian Bussemer sowie als Stellvertretende: Sebastian Schiek, Jürgen Roth und Katharina Ahrendts (alles Berliner Mitglieder zur Vermeidung von Reisekosten).

Revisoren: Die bisherigen Funktionsinhaber Jürgen Gerdies und Hansjörg Siebels-Horst wurden einstimmig erneut gewählt.

Zum **Diskussionsredakteur** wurde am Sonntag Franz-Josef Hanke gewählt (Verbindungen siehe Diskussionsredaktion)

Beschlüsse – Strukturelles und Satzungsbeschlüsse

Ein Antrag zur Neuregelung des Mitgliedsbeitrags wurde ohne Gegenstimme verabschiedet. Damit folgten die Delegierten dem Vorschlag des Bundesvorstandes, die fällige Euro-Umstellung im (für die Mitglieder günstigen) Verhältnis 2:1 vorzunehmen (siehe Kasten Seite: 104). Der einzige Satzungsantrag, die Verlegung des Vereinssitzes nach Berlin, erreichte nicht die notwendige Mehrheit. Damit bleibt es bei der formalen Zuständigkeit des Münchner Vereinsregisters für künftige Satzungsänderungen.

Beschlüsse – Thematische Beschlüsse

Nach ausführlicher und guter Debatte beschloss die DK, einen Arbeitskreis einzurichten, der sich mit den Problemen der Genforschung (gesetzliche Voraussetzung, ethische Grundlagen, mögliche Folgen für Menschen- und Bürgerrechte) als Grundlage für eine HU-Stellungnahme befaßt. Als Federführende der Arbeitsgruppe Gentechnik wurden Dietrich Schade und Nils Leopold von den Delegierten einstimmig bestätigt. Zum Verbandstag 2002 soll dann ein weiterer Austausch über Positionen und Standpunkte der HU in dieser Debatte stattfinden. Außerdem verabschiedeten die Delegierten eine Positionsbestimmung der HU zur Gentechnik (Präimplantationsdiagnostik/PID, Stammzellenforschung, Datenschutz) sowie bürgerrechtlichen und gesellschaftspolitischen Nutzen und Risiken dieser Technologien. Als wesentlich wurden von der DK folgende Punkte angesehen: 1) Das Recht auf Schwangerschaftsabbruch darf nicht angetastet werden 2) Frauen müssen über das Risiko, das beispielsweise Präimplantationsdiagnostik in sich birgt, aufgeklärt werden 3) Negative Folgen für den gesellschaftlichen Umgang mit Behinderung und Behinderten müssen geklärt und verhindert werden 4) Die datenschutzrechtlichen Aspekte genetischer Testverfahren sind dringend diskussions- und regelungsbedürftig.

Beschlossen wurde auch eine Aufforderung an die Bundesregierung, unverzüglich die UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland umzusetzen und damit dem Beschluss des Bundestages auf Rücknahme aller Vorbehalte zu folgen. Damit unterstützen wir auch andere Kampagnen, z.B. von pro Asyl, zur Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention – alle HU-Orts-, Regional- und Landesverbände sind aufgerufen, diese Kampagne ebenfalls tatkräftig zu unterstützen.

Fortsetzung auf Seite 104

Fortsetzung von Seite 103

Weiter beschlossen wurde die Ausrichtung einer Fachtagung unter dem Arbeitstitel „Berliner Gespräche zur Trennung von Staat und Kirche“ in Berlin. Als voraussichtlich zweijährliches Fachtreffen soll dieses geplante Forum kritischer Rechtswissenschaftler einen Kontrast zu bestehenden Fachtagungen setzen. Das Bundesvorstandsmitglied Jürgen Kühling erklärte sich bereit, sich hierfür einzusetzen und Kontakte herzustellen.

Die Delegierten unterstützten auch friedliche Proteste gegen Atomwaffen auf deutschem Boden; als positives Beispiel für solche Formen friedlichen Protests wurde die Aktion in Büchel (Atomwaffenlager) gesehen.

Mit großer Mehrheit angenommen wurde der Vorschlag, das bestehende Wahlrecht auf Bundesebene um die Elemente des Kumulierens und Panaschierens zu erweitern. Die HU setzt sich künftig für eine solche Änderung des Wahlrechts ein, damit Wählerinnen und Wähler einzelnen BewerberInnen auf der Liste einer Partei mehrere Stimmen geben können (Kumulieren) und / oder ihre Stimmen nicht bloß einer Partei, sondern verschiedenen Personen geben können, auch wenn diese aus unterschiedlichen Parteien kommen (Panaschieren).

AG Gentechnik – Aufruf

Die AG Gentechnik plant ein erstes gemeinsames Treffen Ende Januar 2002 – voraussichtlich in Berlin. Thema wird der Austausch und die Erarbeitung einer gemeinsamen Position ein. Es werden noch dringend MitstreiterInnen gesucht! Alle Interessierten melden sich bitte zur gemeinsamen Terminabstimmung entweder bei Dietrich Schade, Tel. 02742-91 1468 oder Nils Leopold, 030-29666377.

Nils Leopold

Gegendarstellung

In der Ausgabe Nr. 175 der MITTEILUNGEN DER HUMANISTISCHEN UNION e.V. werden in dem Artikel „Viel Lärm um nichts? Der BAKJ und der Grundrechte-Report“ der Autorin Constanze Oehlrich auf Seite 74 unzutreffende Tatsachen über mich verbreitet.

Es wird behauptet, ich hätte eine Protestschrift, die bei einer Präsentationsveranstaltung für den Grundrechte-Report 2000 verlesen wurde, bei der Zeitschrift *Forum Recht* für die Ausgabe 2/2000 mit Bitte eingereicht, diese zu veröffentlichen.

Diese Behauptung ist unwahr. Richtig ist vielmehr, dass vom zuständigen Redakteur der Zeitschrift *Forum Recht* für die Rubrik Sammelsurium ein Kurzbericht über die Präsentation mit Zeichenvorgabe angefragt und von mir auftragsgemäß bei der Redaktion eingereicht wurde.

Greco Koukoulas

Anmerkung der Redaktion

Wir drucken die obige Gegendarstellung ohne Rücksicht auf deren Wahrheitsgehalt ab, möchten aber nicht versäumen zu bemerken, dass der Einsender die Absage der Präsentation des Grundrechte-Reports 2001 durch Rita Süßmuth mit zu verantworten hatte.

Tobias Baur

Der Bundesvorstand wurde auch beauftragt, Initiativen für die Einführung einer „Ersatz-Zweitstimme“ bei Parlamentswahlen zu ergreifen mit der ein Wähler angibt, welcher Partei seine Stimme zufallen soll, falls die mit seiner regulären Zweitstimme gewählte Partei den Einzug in das Parlament wegen der bestehenden 5%-Hürde verfehlt.

Ebenfalls befürwortet wurde von der DK der Vorschlag, die staatliche Parteienfinanzierung zu reduzieren und mit so eingesparten Mitteln stattdessen eine „Demokratie-Stiftung“ einzurichten. Hierzu erging ein Auftrag an den Bundesvorstand, dem Gesetzgeber entsprechende Vorschläge zu unterbreiten. Der Bundesvorstand wurde auch beauftragt, gemeinsam mit anderen Organisationen eine bildungspolitische Konferenz zu veranstalten. Ein weiterer Auftrag an den Bundesvorstand lautete, eine Erklärung zu den politischen Reaktionen auf die Terroranschläge in den USA zu verbreiten. Der von Till Müller-Heidelberg vor Ort entsprechend der Diskussion überarbeitete Entwurf des Berliner Landesvorstands wurde umgehend vom Bundesvorstand verabschiedet und ist in dieser Ausgabe der Mitteilungen dokumentiert.

Tobias Baur

Neuer Mitgliedsbeitrag ab 2002

Ohne Gegenstimme hat die HU-Delegiertenkonferenz die fällige Währungsumstellung der Beiträge im rechnerischen Verhältnis von 2:1 beschlossen. Durch diese einfache Regelung werden die Mitgliedsbeiträge in Euro etwas günstiger. Es wird deshalb darum gebeten, selbstkritisch zu prüfen, ob der individuell bezahlte Jahresbeitrag nicht freiwillig erhöht werden kann, denn die HU ist wirklich auf jeden Euro angewiesen. Bei dieser Gelegenheit bittet die Geschäftsstelle, zur Vereinfachung des Verfahrens für Sie und uns, den Beitrag per Lastschriftverfahren zu bezahlen. Die meisten Mitglieder sparen so bereits unnötigen Aufwand und Wege, eine kurze schriftliche Nachricht genügt ...

Die Beitragsstufen der Jahresbeiträge sind ab 1. Januar 2002 so festgesetzt:

Der jährliche Mitgliedsbeitrag beträgt für:

- Einzelmitglieder: 90 Euro
- Mitglieder in häuslicher Gemeinschaft gemeinsam: 120 Euro
- Mitglieder in Ausbildung, ohne oder mit geringem Einkommen: mindestens 30 Euro
- Neue Mitglieder, die sich in einer Ausbildung befinden, bezahlen im ersten Jahr die Hälfte des vorgesehenen Beitrags
- Fördermitglieder: mindestens 30 Euro pro Jahr

Die Beiträge werden jeweils zum Beginn des Kalenderjahres fällig.

HU-Pressemitteilungen

Kritische Polizisten in „neuem Gewand“ – BAG schließt sich der HU an

Presseerklärung vom 17.08.2001

Die *Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Kritischer Polizistinnen und Polizisten* empfiehlt ihren Mitgliedern, in die HUMANISTISCHE UNION (HU) einzutreten. Diesen Beschluss hat der Bundesvorstand der Kritischen Polizisten nach eingehender Beratung mit dem HU-Bundesvorsitzenden Till Müller-Heidelberg am 11. August gefasst.

Die Vorstände beider Organisationen hoffen, dass auch frühere Mitglieder der „Kritischen“, die wegen interner Differenzen um den Anfang Mai abgewählten Bundessprecher Thomas Wüppesahl ausgetreten waren, die kritische Polizeiarbeit künftig im Rahmen der HU fortführen werden. Die Abwahl von Wüppesahl wurde durch ein Urteil des Amtsgerichts Hamburg vom 26. Juli 2001 (Az. 23A C 291/01) für rechtens erklärt, er darf nicht mehr für die BAG Kritische Polizisten sprechen. Durch ein verlorenes Zivilverfahren und aufgrund interner Streitigkeiten mit dem ehemaligen Vorstandsmitglied ist die BAG kürzlich

in die Insolvenz geraten und muß als Verein aufgelöst werden, auch wenn die Berufungsverfahren noch laufen.

Beide Organisationen haben langjährige Erfahrungen in der kritischen Begleitung der Polizeiarbeit vorzuweisen. Von der künftigen Bündelung dieser Kompetenzen in der HU ist auch eine Verstärkung für die Bürgerrechte zu erwarten.

Der Vorstand der *BAG Kritische Polizistinnen und Polizisten* erklärt deswegen: „Allen (auch ehemaligen) Mitgliedern der BAG Kritischer Polizisten wird angesichts der bevorstehenden Auflösung der BAG empfohlen, umgehend Mitglied der HU zu werden, wo die gemeinsam als wesentlich erachtete Arbeit in einer eigenen AG Kritische PolizistInnen effektiver als je zuvor weitergeführt werden kann.“

Bis zum November bleibt die Bundessprecherin Bianca Müller Ansprechpartnerin der „Kritischen“, danach sind die kritischen PolizistInnen über die HU zu erreichen.

HUMANISTISCHE UNION

Ziviles Handeln verlangt Besonnenheit

Gemeinsame Presseerklärung vom 14.09.2001: der Gustav Heinemann-Initiative (GHI), der HUMANISTISCHE UNION (HU), des Komitee für Grundrechte und Demokratie, Pro Asyl und Republikanischer Anwaltsverein (RAV), sowie Vereinigung Demokratischer Juristinnen und Juristen (VDJ)

... Wir sprechen allen, die Verwandte und Freunde verloren haben, unser Beileid und Mitgefühl aus. Den Verletzten wünschen wir die baldige Wiederherstellung ihrer Gesundheit. Wir hoffen, daß alle Überlebenden die erlittenen schweren, äußeren und inneren Schäden überwinden können.

Um derartige Verbrechen zu bestrafen, sind angemessene rechtsstaatliche Sanktionen notwendig. Die Ausführenden der verbrecherischen Anschläge haben sich selbst umgebracht und dabei Tausende mit in den Tod gerissen. Es ist deshalb nur noch möglich, eventuelle Anstifter und Helfer ausfindig zu machen und zu bestrafen. Daß das notwendig ist, kann niemand bestreiten.

Schwerste Verbrechen rechtfertigen es jedoch nicht, die notwendige Suche nach Anstiftern und Helfern und das Bemühen um ihre Bestrafung zum Krieg eskalieren zu lassen. Der Beschluß der NATO, die Anschläge in den USA als Bündnisfall zu behandeln, ist unangemessen und weit überzogen. Wer wissen will, was die Eskalation eines Verbrechens zum Krieg bedeutet, sollte sich an den Beginn des I. Weltkriegs erinnern, der unendliches Leid über die Menschheit gebracht hat.

Ebenso wichtig, wie die Suche nach Mitschuldigen ist die Frage nach den Ursachen von Haß, religiösem Fanatismus und darauf basierender Gewalt. Wer solche Verbrechen verhindern will, muß weltweit für mehr soziale Gerechtigkeit sorgen. Solange die reichen Industriestaaten mit erheblicher struktureller, vor allem wirtschaftlicher, oft auch mit direkter Gewalt verhindern, daß den hungernden und verhungerten Millionen in armen Ländern geholfen wird, düngen sie selbst den Boden aus dem Haß, Fanatismus und blindwütige Gewalt hervorgehen. Nicht Krieg sondern gerechte Strafe, nicht neue

Gewalt sondern eine Außen- und Entwicklungspolitik, die der Gewalt den Boden entzieht, sind jetzt notwendig.

Die Verfolgung schwerer internationaler Verbrechen verlangt politisches Tun. Dabei ist besonders darauf zu achten, daß nicht wegen einzelner Verbrechen ganze Länder, Bevölkerungen oder Religionsgemeinschaften diffamiert oder sogar angegriffen werden. Wir rufen dazu auf, das internationale Recht zu stärken und die voreilige Eskalation der Verfolgung dieser schweren Verbrechen zum NATO-Bündnisfall und damit zum Krieg zurückzunehmen.

Darüber hinaus weisen wir darauf hin, daß alle Pläne, Krieg gegen Afghanistan zu führen, wie es derzeit diskutiert wird, zweierlei übersehen. Viele Taliban in Afghanistan wie der dort lebende angebliche Anstifter der Anschläge, Osama bin Laden, sind nach Pressemeldungen von der CIA unterstützt oder sogar ausgebildet worden und haben mit USA-Hilfe den größten Teil Afghanistans erobert. Die große Mehrheit der afghanischen Bevölkerung, insbesondere alle Frauen und Mädchen, werden von ihnen auf das Übelste unterdrückt. Jeder Angriff auf das Land würde diese Unterdrückten am schlimmsten treffen. Ein solches Unrecht müßte Haß, Fanatismus und gewalttätiges Aufbegehren gegen den reichen Teil der Erdbevölkerung weltweit verstärken und religiösen Fundamentalisten in die Hände arbeiten.

Wer das nicht will, ist aufgerufen, der emotionalen Kriegsvorbereitung Besonnenheit und rechtsstaatliches und freiheitliches Denken entgegen zu setzen. Wir wollen Gerechtigkeit statt Rache und weltweite Hilfe statt Krieg gegen die Armen.

Gustav Heinemann-Initiative, Sprecher: Ulrich Finckh; *HUMANISTISCHE UNION*, Vorsitzender Dr. Till Müller-Heidelberg; *Komitee für Grundrechte und Demokratie*, Vorstand: Prof. Dr. Wolf-Dieter Narr, Prof. Dr. Roland Roth; *Pro Asyl*, Sprecher: Heiko Kauffmann; *Republikanischer Anwaltsverein*, Vorsitzender: Wolfgang Kaleck; *VDJ - Vereinigung Demokratischer Juristinnen und Juristen*, Sprecher: Prof. Dr. Martin Kutscha

Verteidigt die Freiheit – verteidigt den Rechtsstaat

Presseerklärung vom 18.09.2001:

Anlässlich ihrer Delegiertenkonferenz in Berlin erklärt die Bürgerrechtsorganisation HUMANISTISCHE UNION (HU):

Der Anschlag auf das *World Trade Center* und das *Pentagon* ist weltweit als Angriff auf die freiheitliche Welt verstanden worden. Wer für unsere freiheitliche Gesellschaftsordnung eintritt, ist aufgerufen, sie solidarisch mit allen Gleichgesinnten zu verteidigen. D.h. Täter müssen gesucht, gefunden, ihrer Tat überführt und bestraft werden

Verbrecher bestraft man aber nicht, indem man – wem auch immer – den Krieg erklärt. Und unser aller Sicherheit wird weder in Deutschland, noch weltweit erhöht, wenn man wie Wolfgang Schäuble oder Otto Schily statt der nach der Strafprozessordnung berufenen Sicherheitsbehörden den Einsatz der Militärs im Inland fordert. Militär ist zur Landesverteidigung da und dazu, Kriege zu führen oder abzuwehren, aber nicht innerstaatliche Sicherheit zu produzieren; dazu ist es nicht in der Lage und nach unserer Verfassung nicht berufen. Auch die pauschal geforderte Aufrüstung der Sicherheitsapparate ist untauglich. Wenn die FAZ Maßnahmen fordert, daß in Zukunft nicht friedlich in Hamburg lebende Muslime bei der Polizei „unerkannt“ bleiben, so ist dies nichts anderes als Populismus und Unsinn. Wir wollen keine Hexenjagd auf

friedlich lebende Bürger, die später Terroristen werden könnten – friedlich lebende Bürger sind wir nämlich alle. Daß unauffällig lebende Menschen ein Flugzeug kapern und in einen Wolkenkratzer stürzen lassen, ist nicht durch unspezifische Aufrüstung und Überwachung aller Bürgerinnen und Bürger zu verhindern, sondern allenfalls nur konkret durch bessere Kontrolle beim Betreten des Flugzeugs.

Und wenn Verbrecher islamischen Glaubens sind, dann sind nicht alle Muslime Verbrecher. Es gibt auch christliche Verbrecher. Der Islam ist nicht unser Feind. Die überwältigende Mehrheit der bei uns lebenden Muslime gehört zu unserer Gesellschaft. Auch sie haben Anspruch auf Schutz und Sicherheit.

Der heutige Bundesinnenminister Otto Schily hat 1978 zur hohen Zeit der Terrorismusangst als Erstunterzeichner das Manifest der HUMANISTISCHEN UNION „Wo beginnt der Kernbereich des Rechtsstaats“ unterschrieben. Darin heißt es: *Man bekämpft Feinde des Rechtsstaats nicht mit dessen Abbau und man verteidigt die Freiheit nicht durch deren Einschränkung.*

Es gilt das Wort Benjamin Franklins, eines der Gründerväter der Vereinigten Staaten: *„Wer die Freiheit aufgibt, um Sicherheit zu gewinnen, wird beides verlieren.“*

Mit „Sicherheit“ weniger Freiheit – HUMANISTISCHE UNION für Beendigung der Law-and-Order-Vorschläge!

Presseerklärung vom 12.10.2001:

Zur geplanten Verschärfung von Rechtsvorschriften der „Inneren Sicherheit“ erklärt die Bürgerrechtsorganisation HUMANISTISCHE UNION (HU):

Am 11. September wurden wir Zeugen beispielloser terroristischer Attentate. Vor diesem Hintergrund werden wir jedoch seitdem auch Zeugen eines ebenfalls beispiellosen und unwürdigen Wettlaufs um Vorschläge zum Abbau rechtsstaatlicher Gewährungen und grundrechtlich garantierter Freiheiten. Offenbar haben sich die meisten Parteien einem blinden Aktionismus gesetzlicher Verschärfungen der „Inneren Sicherheit“ verschrieben.

Den undifferenzierten und ganz offenbar der Angst um Verluste von Wählerstimmen geschuldeten Vorschlägen tritt die HU mit aller Entschiedenheit entgegen: Der Rechtsstaat ist kein Schönwetterstaat; gerade in der Krise muss er sich bewähren, aber auch bewahrt werden! Grundrechtlich Verbürgtes wie das Recht auf informationelle Selbstbestimmung ist keine beliebig reduzierbare Ressource. Die HU fordert daher alle politischen Entscheidungsträger auf, weitere Beschädigungen des Rechtsstaates zu vermeiden. Wer den Eindruck erweckt, bei Demokratie und Rechtsstaat handele es sich „in schwierigen Zeiten“ um ein disponibles Gut, schadet dem Gemeinwesen und der demokratischen Kultur unseres Landes. Die vielzitierte „Verteidigung der Zivilisation“ kann aus bürgerrechtlicher Sicht in dieser Situation nichts anderes bedeuten als die besonders sorgsame Beachtung der

rechtsstaatlichen Grundsätze, die unsere demokratische offene Gesellschaft sich selbst gegeben hat.

Den inflationären Vorschlägen und beschlossenen Veränderungen hält die HU entgegen:

1. Die grundsätzlich für alle Bürger geltende rechtsstaatliche Unschuldsvermutung darf nicht angetastet werden. Polizeiliche Maßnahmen, die zu einem Pauschalverdacht aller Bürger oder ganzer Volksgruppen führen, stellen einen wesentlichen rechtsstaatlichen Grundsatz auf den Kopf und destabilisieren das politische Klima: Neue Ängste entstehen zum Teil erst mit zunehmender Überwachung. Daneben werden ganze Gruppen ausländischer Bürger stigmatisiert und unter Generalverdacht gestellt. Maßnahmen wie Rasterfahndung, Schleierfahndung und die pauschale Überwachung öffentlicher Plätze sind daher Gift für ein demokratisches Gemeinwesen!

2. Die Arbeit der Geheimdienste gehört dringend auf den Prüfstand: das Vertrauen der Bevölkerung in die Arbeit der Geheimdienste ist nach dem 11. September nachhaltig erschüttert worden. Die HU unterstützt daher Forderungen nach einer Strukturkommission unter Beteiligung bürgerrechtlicher Gruppen. Die Ausweitungen geheimdienstlicher Möglichkeiten einschließlich der Schaffung von weiteren Informationsverbänden sind zurückzuweisen. Das verfassungsrechtliche Trennungsgebot zwischen Geheimdiensten und Polizei darf nicht ausgehöhlt werden!

Die derzeit zu beobachtende maßlose Erweiterung geheimdienstlicher Befugnisse könnte *Fortsetzung auf Seite 107*

HU-Pressemitteilungen

Fortsetzung von Seite 106

allenfalls durch eine gleichzeitige deutliche Verbesserung justizieller und parlamentarischer Kontrollmöglichkeiten gerechtfertigt werden.

3. Die HU fordert: Keine militärische Heimatfront! Militär ist weder geeignet noch erforderlich, um die gegenwärtigen Anforderungen der Lage zu erfüllen. Vielmehr verstößt der Einsatz des Militärs zu innenpolitischen Aufgaben den Grundsätzen unserer Verfassung!

4. Die HU verlangt von den Innen- und Justizministern der EU, im Zuge ihres sicherheitspolitischen Sofortprogramms vom 20. September auch die Schaffung hinreichender Rechtsgrundlagen sowie justizielle Kontrollmöglichkeiten aller Tätigkeiten von EUROPOL auf die Tagesordnung zu setzen. Eine drohende „Spitzel-“ und Überwachungsorganisation EU wird die ohnehin gefährdete Akzeptanz europäischer Institutionen weiterhin aushöhlen. Die HU fordert deshalb die Schaffung transparenter Rechtsgrundlagen sowie die konsequente justizielle Kontrollmöglichkeit aller Tätigkeiten von EUROPOL sowie den Ausbau von voraussetzungslos gewährten Informationszugangsrechten der Bürger auf nationaler sowie supra-nationaler Ebene.

5. Die jüngsten Vorstöße zur Erweiterung von Abhörmöglichkeiten des Telekommunikationsverkehrs sowie des Internet lehnen wir ab: das Kommunikationsgeheimnis sowie die Gewährleistung der Persönlichkeitsrechte sind unbedingte Voraussetzungen einer freiheitlichen Gesellschaft. Schon der ständige Zweifel, ob abgehört wird, schädigt unsere demokratische Kultur. Da die Nutzung des Internet erhebliche Risiken für die Persönlichkeitsrechte der Bürger birgt, müssen Selbstschutzmöglichkeiten der Bürger durch Kryptographieprodukte erhalten bleiben.

6. In keinem Fall darf der Vorschlag der Einführung des Fingerabdruckes in Ausweispapieren umgesetzt werden. Damit

würde die erkennungsdienstliche Behandlung aller Bürger Wirklichkeit: Mit der dabei notwendigen Speicherung dieser Daten in zentralen Datenbanken droht die zentrale Personenkennnummer und damit der gläserne Bürger auf Umwegen doch noch Realität zu werden.

7. Zur Schadensbegrenzung im Gesetzgebungsprozess schlägt die HU vor: Die im Eiltempo durchgepeitschten Maßnahmegesetze sollten zumindest befristet und mit Evaluationsklauseln versehen werden, die eine nachträgliche Effektivitätsbewertung erlauben. Ohnehin sind grundsätzlich alle Vorschläge kritisch auf ihre mögliche Effektivität zur Terrorbekämpfung hin zu überprüfen.

Die HU fordert:

- die konsequente Anwendung der bereits vorhandenen Gesetze dort, wo sie im Zuge der ordentlichen Ermittlungen tatsächlich erfolgversprechend sind,
- eine personelle und organisatorische Stärkung der Polizei hat jeder Gesetzesänderung zur Bewältigung der aktuellen Anforderungen voranzugehen,
- die Untersuchung und Offenlegung von Sicherheitslücken an Flughäfen und anderen gefährdeten Einrichtungen, insbesondere ausnahmslose Sicherheitsüberprüfungen aller dort Tätigen einschließlich auch kurzzeitig arbeitender Hilfskräfte.

Wir leben in einer Risikogesellschaft: Totale Sicherheit kann es nicht geben. Der untaugliche Versuch, dennoch eine umfassende Sicherheit zu realisieren, würde das Ende aller bürgerlichen Freiheiten bedeuten. Der weltweite Terror zwingt auch, über soziale Sicherheit und die Bedingungen der Möglichkeit eines friedlichen und selbstbestimmten Lebens weltweit neu nachzudenken. Die Frage nach der Ursache von Terror und ihrer Lösung gehören daher endlich auch in der öffentlichen Debatte auf die Tagesordnung!

Nils Leopold

Terrorbekämpfung durch Überwachungsstaat?

Erklärung des HU-Bundesvorsitzenden vom 22.10.2001:

Die terroristischen Anschläge am 11. September auf das *World Trade Center* und das *Pentagon* sind weitgehend als Anschlag auf die Freie Welt verstanden worden. Natürlich muß der Terrorismus bekämpft werden - kann dies aber durch Abschaffung der Freiheitlichkeit, die doch gerade verteidigt werden muß, geschehen? Ist nicht der Ausbau der Bürger- und Menschenrechte der beste Angriff gegen den Terrorismus, weil er diesem die Grundlagen entzieht?

Die Flugzeuge in den USA konnten gekapert werden, weil es Terroristen gelang, mit Teppichmessern als Waffen an Bord zu kommen. Wie Monitor am 18. Oktober zeigte, gelang es Reportern noch 5 Wochen nach dem Terroranschlag völlig problemlos, mit diesen Angriffswaffen in ihrem Handgepäck die Sicherheitsschleusen an den deutschen Großflughäfen Köln, Düsseldorf, Berlin und Frankfurt zu passieren und das Flugzeug zu besteigen! Straftäter halten sich bekanntlich nicht an Gesetze. Man bekämpft sie nicht mit neuen Gesetzen, sondern mit konkreten Maßnahmen, also Fluggastkontrollen. Statt dessen wird eine Rasterfahndung durchgeführt - doch

nach welchem Raster? Die Terroristen waren Araber, Moslems, Studenten und lebten gesetzestreu und unauffällig. Dies sind die Rastermerkmale. Das entscheidende Kriterium ist das gesetzestreu und unauffällige Leben. Dürfen wir dies als Raster hinnehmen? Betrifft uns dieses Raster nicht alle? Und die RAF-Terroristen waren bekanntlich Deutsche und Christen. Folglich sind auch die Rastermerkmale Araber und Moslem untauglich und unzulässig, es sei denn, wir wollten alle Ausländer (und warum nicht Deutsche) unter Generalverdacht stellen.

Der Fingerabdruck auf dem Personalausweis und Paß wird gefordert. Dies soll der Identitätsfeststellung dienen. Die Terroristen haben ihre Identität nicht verschleiert und außerdem hatten sie keine deutschen Personalausweise und Pässe. Wenn diese „Konsequenz“ also vom Bundesinnenminister gefordert wird, dann für ganz andere Zwecke: Es soll endlich ein Bundeszentralregister mit der Erfassung der Fingerabdrücke aller Deutschen erstellt werden, um so ein Personalkennzeichen zu gewinnen - welches vom Verfassungsgericht aus Gründen des freiheitlichen Rechtsstaats bereits für verfassungswidrig erklärt worden ist.

Fortsetzung auf Seite 108

Fortsetzung von Seite 107

Polizei und die Geheimdienste Verfassungsschutz und Bundesnachrichtendienst sollen zusammenarbeiten. Nur: Sie alle hatten keinerlei Erkenntnisse über die bevorstehenden Terroranschläge, was soll also ihre Zusammenarbeit nützen? (Auch der amerikanische Geheimdienst CIA wußte übrigens nichts.) Wir haben aus gutem Grund das Verfassungsgebot der Trennung von Polizei und Geheimdiensten, wozu die Aufhebung dieses Trennungsgebotes führt, haben die GESTAPO und die STASI gezeigt! Zur Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger hat dies jedenfalls nicht geführt.

Und schließlich soll auch die Kronzeugenregelung wieder eingeführt werden. Was heißt dies tatsächlich? Der Rechtsstaat soll mit dem Verbrecher paktieren, mit ihm einen Deal abschließen. Um nichts anderes geht es. Können wir das wirklich wollen? Die früher bestehende Kronzeugenregelung hat keine einzige Straftat verhindert, aber zu zahlreichen Strafverfahren

wegen Falschaussagen der Kronzeugen (die dadurch ihren Kopf aus der Schlinge ziehen wollten) geführt.

So kann man das ganze gegenwärtig diskutierte Sicherheitspaket durchgehen: Für die Beseitigung der Wurzeln des Terrorismus oder für die Verhinderung von terroristischen Straftaten sind die Vorschläge alle ungeeignet. Für diese Sicherheitspolitiker gilt wie schon so oft: „Wir tun so, als ob wir etwas täten“. Wir brauchen keine neuen Gesetze, sondern konkrete Sicherheitsmaßnahmen am Flughafen. Und wenn wir unsere freiheitliche Gesellschafts- und Rechtsordnung nicht aufgeben wollen, dann müssen wir damit leben, daß es absolute Sicherheit nicht gibt. Schon die Sicherheitsgesetze der letzten 15 Jahre haben nicht mehr Sicherheit gebracht. Statt Freiheit und Rechtsstaat abzubauen, müssen wir sie verteidigen. Wir sind nicht alle potentielle Straftäter.

HUMANISTISCHE UNION, gez. Dr. Till Müller-Heidelberg,
Bundesvorsitzender

Mit dem „Terrorismus“-Bekämpfungsgesetz in den Überwachungsstaat!

Presseerklärung vom 06.11.2001:

HUMANISTISCHE UNION,

Republikanischer Anwältinnen- und Anwälteverein

Bürgerrechts- und Datenschutzorganisationen halten das Verhandlungsergebnis zwischen Bundesinnenminister Schily und der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/ Die Grünen zum sog. Terrorismusbekämpfungsgesetz für eine Katastrophe.

Nach den ersten Verlautbarungen bestand zunächst noch Hoffnung, dass die bündnisgrüne Bundestagsfraktion die schlimmsten Auswüchse verhindern könnte. Der bisher bekannt gewordene überarbeitete Gesetzesentwurf belehrt uns eines Schlechteren. Einzelnen Zugeständnissen Schilys an die Grünen stehen massive Verschlimmerungen gegenüber.

Eine öffentliche Auseinandersetzung mit dem Ergebnis der Verhandlungen konnte bisher nicht stattfinden. Angesichts der gravierenden Eingriffe in Grundfreiheiten, die in dem Gesetzespaket vorgesehen sind, wäre eine kritische Auseinandersetzung mit dessen Folgen unverzichtbar, bevor sich das Kabinett auf einen Gesetzesentwurf einigt und der Bundestag darüber entscheidet. Es bleibt bei der Kritik, dass diese Demontage des Rechtsstaates in einem geheimen Verfahren zwischen den Parteien ohne Einflussmöglichkeit der demokratischen Öffentlichkeit durchgepeitscht werden soll.

Die wesentlichen Kritikpunkte der Bürgerrechts- und Datenschutzorganisationen bleiben bestehen. Keine einzige der im Gesetzesvorhaben vorgeschlagenen Maßnahmen wäre geeignet, Anschläge wie die Attentate von New York zu verhindern. Demgegenüber werden verbürgte Grund- und Freiheitsrechte sowohl deutscher wie nichtdeutscher BürgerInnen durch die geplanten Maßnahmen ungerechtfertigt eingeschränkt. Von den uns gegenwärtig bekannten Maßnahmen gefährden die folgenden Bürgerrechte und Demokratie in besonderem Maße:

- Verdacht auf Gefährdung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung als zwingender Versagungsgrund für die Erteilung oder Verlängerung einer Aufenthaltsgenehmigung. Für hier lebende Ausländer wird dies zudem ein Aus-

weisungsgrund. Hinzu kommt künftig die sofortige Vollziehbarkeit dieser und anderer Ausweisungen.

- Aufhebung der Trennung von Geheimdiensten und Polizeien: Uneingeschränkter Zugriff der Geheimdienste auf die polizeiliche Verbunddatei INPOL und neuerdings auch die Beteiligung von MAD, BND, Zollkriminalamt und Bundesverfassungsschutz am Visumsverfahren. Zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik bekommt der Verfassungsschutz polizeifähnliche Exekutivbefugnisse.
- Im Ausländerzentralregistergesetz soll die Möglichkeit der Polizei und Geheimdienste festgeschrieben werden, auf den gesamten Datenbestand in automatisierten Verfahren zuzugreifen.
- Eine identitätssichernde Sprachaufzeichnung bei Ausländern und Asylsuchenden zum Nachweis des „wirklichen“ Herkunftslandes, um deren Abschiebung zu erleichtern.
- Fingerabdrücke und andere (...) identitätssichernde Unterlagen von allen Asylsuchenden sollen zehn Jahre aufbewahrt und automatisch mit den polizeilichen Tatortspuren des BKA abgeglichen werden.
- Verbot von ausländischen Vereinen, soweit ihre Zwecke oder ihre Tätigkeit die politische Willensbildung oder sonstige erhebliche Interessen der Bundesrepublik Deutschland beeinträchtigen oder gefährden.
- Zugriffsrechte auf elektronisch speicherbare Telekommunikationsdaten: wer mit wem E-Mails austauscht oder telefoniert, Standortdaten sowie die pauschale Speicherung der Kommunikationsinhalte; neue Zugriffsrechte für die Geheimdienste auf die bei Telekommunikations-, Post- und Bankunternehmen anfallenden Daten.

Kaum eingeschätzt werden können die verwendeten unbestimmten Rechtsbegriffe, deren Auslegung wohl der behördlichen Praxis überlassen wird. Wer bestimmt die Definition von „Unterstützung des internationalen Terrorismus“? Wer grenzt „Terroristen“ von „Freiheitskämpfern“ ab?

Zwar ist die nunmehr vorgesehene Befristung der Gesetzesvorhaben auf fünf Jahre mit Fortsetzung auf Seite 109

HU-Pressemitteilungen

Fortsetzung von Seite 108

dann erfolgreicher Überprüfung eine zumindest formale Verbesserung. Nicht vergessen werden darf jedoch, dass die neu geschaffenen Strukturen mit Sicherheit ein großes Interesse haben werden, „Erfolge“ vorzuweisen. Einmal festgelegte Überwachungsmaßnahmen werden erfahrungsgemäß nur im Ausnahmefall wieder aufgehoben. Auch wird die festgelegte unabhängige wissenschaftliche Überprüfung der vorgeschlagenen Maßnahmen infolge der strukturellen Beteiligung der Geheimdienste faktisch erschwert.

Die diese Erklärung unterstützenden Organisationen halten die Gesetzesentwürfe für falsch. Die große Eile, in der das Gesetzesvorhaben durchgezogen werden soll, wird der hohen Bedeutung der Grundrechte, in die hier eingegriffen wird, an keinem Punkt gerecht.

Die Terroranschläge und deren Vorgeschichte müssen auch zum Anlaß genommen werden, das Wirken der Geheimdienste kritisch zu überprüfen; für massive zusätzliche Ermächtigungen dieser letztlich unkontrollierbaren Apparate gibt es kein vernünftiges, demokratisch vertretbares Argument.

Die Änderungen im Ausländer- und Asylverfahrensgesetz sprechen eine deutlich rassistische Sprache und taugen nicht dazu, Sicherheit zu gewinnen, sondern verstärken pauschale Vorurteile und Ressentiments in der Bevölkerung. Faire Asylverfahren werden so mehr denn je unmöglich sein.

Festzuhalten bleibt, dass die geplanten Maßnahmen nicht alleine auf Nichtdeutsche und AusländerInnen zielen, sondern auf die gesamte Bevölkerung. Die Bürgerinnen und Bürger sowie das Grundgesetz sind keine Versuchskaninchen. Um seiner Verantwortung gerecht zu werden, kann der Bundestag

über einen solchen Gesetzesentwurf nur auf der Grundlage einer sorgfältigen Diskussion entscheiden, nicht vor deren Beginn. In eine Diskussion sind die Bürgerrechts- und Datenschutzorganisationen einzubeziehen!

- HUMANISTISCHE UNION (HU), Vors. Dr. Till Müller-Heidelberg
- Republikanischer Anwälten und Anwälteverein (RAV), Vors.: Wolfgang Kaleck
- Internationale Liga für Menschenrechte, Wahied Wahdat-Hagh, Kilian Stein
- Strafverteidigervereinigungen, Organisationsbüro, Margarete v. Galen, Jasper v. Schlieffen
- Vereinigung Berliner Strafverteidiger, Rüdiger Portius
- Bürgerrechte & Polizei / CILIP, Dr. Norbert Pütter, Martina Kant
- Deutsche Vereinigung für Datenschutz (DVD) Sönke Hilbrans
- Vereinigung Demokratischer Juristinnen u. Juristen (VDJ) Vors. Prof. Dr. Martin Kutscha
- Komitee für Grundrechte und Demokratie, Spr. Prof. Dr. Wolf-Dieter Narr
- Chaos Computer Club, Sprecher Andy Müller-Maguhn,
- JungdemokratInnen/ Junge Linke, Bundesverband, Bundesvors. Danielle Herrmann
- JungdemokratInnen/ Junge Linke, Landesverband Berlin, Vors.: Katja Grote
- Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär, Ralf Siemens
- Gustav Heinemann-Initiative, Sprecher: Ulrich Finckh
- Redaktion „ak - analyse & kritik“, Martin Beck
- Forum InformatikerInnen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung e.V., Vors. Prof. Dr. Reinhard Keil-Slawik
- Flüchtlingsrat Berlin, Jens-Uwe Thomas, Georg Classen
- „bis gleich...“ Initiative f. die Freilassung und gegen den Paragraphen 129a, Spr.: Dominique John
- Netzwerk Neue Medien, Jan Schallaböck, Ralf Bendrath, Markus Beckedahl,
- Redaktion „Ossietyky“, Eckart Spoo
- AG gegen internationale sexuelle und rassistische Ausbeutung (agisra), Christiane Howe
- Dr. Sebastian Pflugheil, Gesellschaft für Strahlenschutz e.V., Neues Forum
- Volker Eick, Mitglied im Interdisziplinären Arbeitskreis Innere Sicherheit (AKIS), Arbeitskreis Politikfeldanalyse - Innere Sicherheit in der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft

Weitere Presseerklärung der Menschenrechtsorganisationen

Erklärung vom 21.11.2001:

Die überzogenen Reaktionen auf die Terroranschläge vom 11. September in den USA haben die Menschen- und Bürgerrechte sowie das Völkerrecht geschwächt und beschädigt. Zu diesem Ergebnis kommen die unterzeichnenden Menschenrechtsorganisationen.

Nach ihrer Ansicht ist weltweit ein Abbau der Menschen- und Bürgerrechte sowie eine Schwächung des Völkerrechts zu beobachten.

Die Reaktionen der weltweiten „Allianz gegen den Terror“ haben in vielen Mitgliedsländern dieser Allianz zu einer bedrohlichen Einschränkung von Menschen- und Bürgerrechten geführt. Die Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger in diesen Ländern stehen auf dem Spiel. Als Beispiel sind die in Großbritannien geführte Diskussion zum Austritt aus den Verpflichtungen der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) ebenso zu nennen, wie die von der Bundesregierung geplanten Verschärfungen des Zuwanderungsgesetzes, der Flüchtlingsgesetzgebung sowie die weitreichenden Maßnahmen im Rahmen der Datenerhebung und Speicherung durch Bundeskriminalamt und Verfassungsschutzämter und die Änderungen der Passgesetze. Die Menschenrechtsorganisationen warnen vor den weitreichenden Folgen dieser Einschränkungen von Menschen- und Bürgerrechten für alle Länder gleichermaßen.

Auch international bedeuten viele Maßnahmen der Allianz gegen den Terror eine Verschlechterung des Menschenrechtsschutzes. Im Rahmen dieser „Allianz gegen den Terror“ verbünden sich so heterogene Partnerstaaten, wie Russland, China, die Vereinigten Staaten, aber auch die Bundesrepublik

Deutschland und Pakistan. In vielen Ländern dieses Zweckbündnisses werden Menschenrechte mit Füßen getreten. Es ist zu befürchten, dass durch diese „unheilige Allianz“ es immer weniger möglich wird, die in diesen Staaten geschehenden schweren Menschenrechtsverletzungen anzuklagen und zwischenstaatlich auf eine Beendigung dieser Menschenrechtsverletzungen zu drängen. Die Aussagen von Bundeskanzler Schröder bezüglich Tschetschenien und sein Schweigen in China geben Anlaß zu großer Sorge für die deutschen Menschenrechtsorganisationen.

Durch die kriegesrischen Maßnahmen gegen Afghanistan wurden von den USA und ihren Verbündeten schwere Menschenrechtsverletzungen bewusst in Kauf genommen. So wurden durch die Bombardierung der USA, zum Teil mit Streubomben, die Menschenrechte der Zivilbevölkerung des Landes, wie z.B. das Recht auf Leben, Nahrung und Sicherheit schwer verletzt. Die Racheakte der von den USA unterstützten Nordallianz und anderer Gruppierungen bedeuten eine weitere schwere Verletzung von Menschenrechten.

Der Einsatz von Militär durch die USA und ihre Bündnispartner bedeutet völkerrechtlich eine Rückkehr zum Faustrecht. Statt das brüchige Völkerrecht fortzuentwickeln, das auf der Ächtung des Krieges basiert, stellt die Rückkehr zum Krieg einen schweren Rückschritt für die zukünftige Entwicklung der Vereinten Nationen dar. Bisher ist nicht absehbar, dass sich insbesondere die USA als Hauptträger dieser Militäraktion bereit erklären, in Zukunft ihre Handlungen an den Maßgaben des Völkerstrafrechtes und den Statuten des Internationalen Strafgerichtshofes messen zu lassen.

Nicht mein Brief

Leserbriefschreiber Peter Bernhardt verlangt eine Richtigstellung, die wir im folgenden abdrucken:

Nicht mein Brief! Ende Dezember 2000 habe ich einen Leserbrief zum Thema „Schein und Sein“ an die Diskussionsredakteurin der MITTEILUNGEN gesandt. Der erschien jetzt in der Nr. 175 unter der seltsamen Überschrift „Wie erfolgreich ist die HU – und wie könnte sie noch stärker werden?“ Ohne jegliche Kennzeichnung ist dieser Brief um 45 Prozent teilweise ganz wesentlicher Aussagen gekürzt und ohne Rücksprache um 20 Prozent fremder Anmerkungen ergänzt worden.

Anfang Januar 2001 bat mich die Diskussionsredakteurin um einen ergänzenden Beitrag, der aufzeigen sollte, was meiner Ansicht nach getan werden müsste. Dieser Beitrag wurde ebenfalls ohne Rücksprache und Kennzeichnung an den oben genannten Leserbrief angehängt und durch rigide Kürzungen (ca. 60 Prozent) sowie sehr ungeschickte Um-

formulierungen weitestgehend sinn- und wertlos gemacht. Abgesprochen waren leichte Kürzungen! Warum hat man sich da überhaupt noch die Mühe macht, Fragmente meines Beitrags einzubauen?
Peter Bernhardt

Anm. d. Disk.-Red.: Ich hatte Herrn Bernhardt darauf hingewiesen, dass sein Beitrag zu lang sei und überdies ein viel zu negatives Bild der HU in Bezug auf Mitgliederentwicklung und Resonanz zeichne. Ich bat ihn um konstruktive Verbesserungsvorschläge. Er sandte einen wiederum sehr umfangreichen Nachtrag, mit der Bemerkung: „Wesentlich straffer gings in Sachen Vorschläge nicht, ist ja keine einfache Frage. Sie werden das schon in die richtige Form bringen.“ Genau dies habe ich mich bemüht zu tun. Eine vielleicht vernünftige Alternative wäre es in diesem Falle gewesen, auf die Veröffentlichung dieses Beitrages von Nichtmehrmehr-Mitglied Bernhardt ganz zu verzichten. Irmgard Koll

Neue Diskussionsredaktion

Die Redaktion der MITTEILUNGEN bedankt sich bei Irmgard Koll herzlich für die nicht immer einfache Aufgabe der Diskussionsredaktion. Zum neuen Diskussionsredakteur wurde von den Delegierten Franz-Josef Hanke gewählt. Die Diskussionsredaktion ist ab sofort über folgende Verbindungen direkt erreichbar:

Franz-Josef Hanke, Furthstr. 6, 35037 Marburg
Tel.: 064 21-6 66 16, Fax: 064 21-6 66 17
e-Mail: diskussionsredaktion@hu-marburg.de

Letzte Meldung! Verbandstag im Jahr 2002 in Düsseldorf

Der Bundesvorstand hat beschlossen, den Verbandstag 2002 in der nordrhein-westfälischen Landeshauptstadt stattfinden zu lassen, Termin ist das letzte Juni-Wochenende. Unser Düsseldorfer Ortsverband hat bereits tätige Mithilfe signalisiert. Näheres zu Ort und Programm steht in den nächsten MITTEILUNGEN Nr. 177.

Tobias Baur

HU-Tagungsberichte und -hinweise

Starke Schule, Starke Bürger, Starke Demokratie

Ein Bericht über eine „Bildungsoffensive für soziales, emotionales und weltoffenes Lernen“ in München unter Beteiligung der HU

Am 20. Oktober 2001 fand in München ein „Bildungsgipfel von unten“ statt. Ein breites Spektrum unterschiedlicher Menschen war in die „Schauburg“, das Münchner Theater der Jugend, gekommen, um ein bunt gemischtes Programm zu erleben und die bildungs-politischen Thesen, die das *Bündnis zur Erneuerung der Demokratie (BED)* – ein Netzwerk verschiedener Initiativen¹ – erarbeitet hatte, zu diskutieren und zu ergänzen. Ehrengast war Frau Dr. Hildegard Hamm-Brücher, die in diesem Jahr ihren 80. Geburtstag feierte; die Festansprache über die Aufgabe der Bildungspolitik in der heutigen Gesellschaft hielt das HU-Beiratsmitglied Professor Dr. Hartmut von Hentig. Auch sonst war die (Münchner) HU an der Veranstaltung aktiv, direkt und indirekt beteiligt: Johannes Glötzner brachte Kabarettistisches und Besinnliches zum Schulalltag gestern und heute, Winibald Heigl, nicht Mitglied aber Lehrer und Preisträger des „Aufrechten Gangs“ der HU München von

1993, schickte zwei seiner Schülerinnen mit dem „Antirassismus-Koffer“ (einen Koffer mit Material zum Antirassismus-Training im Unterricht), Vorstandsmitglied Jennifer Clayton-Chen, die von Anfang an beim BED mitgewirkt hatte, hatte sich monatelang intensiv an den Vorbereitungen beteiligt, Wolfgang Killinger stand mit Rat und Tat zur Seite, und in den letzten Wochen war noch das HU-Mitglied Rupprecht Pödszun, Autor des Buches „Die verkalkte Republik“, mit vielen Ideen und Engagement in das Projekt mit eingestiegen. Aktiv mit beteiligt war auch eine Schülergruppe der Münchner „Orientierungsstufe“ und die Landesschülervertretung Bayern. Gerührt von so viel Bürgerengagement sprach Frau Dr. Hamm-Brücher von der „schönsten Geburtstagsveranstaltung“ und erhielt prompt einen aus frischen Blumen gefertigten „Doktorhut der Bürgergesellschaft“ überreicht.

Entstanden war die Idee aus einem Aufruf Frau Dr. Hamm-Brüchers. Diese hatte im Februar 2000 dazu aufgerufen, die Bürgergesellschaft durch verstärktes Engagement der

Fortsetzung auf Seite 111

Fortsetzung von Seite 110

Bürgerinitiativen zu stärken. Verschiedene Initiativen waren dem gefolgt und hatten unter dem Namen *Bündnis zur Erneuerung der Demokratie (BED)* zunächst ein gemeinsames Standortpapier ausgearbeitet. Nach einem halben Jahr war man aber zu der Überzeugung gelangt, dass nur eine gemeinsame Aktion die Glaubwürdigkeit und zugleich den Bekanntheitsgrad des BED steigern würde. Als übergeordnetes Thema bot sich die Bildungspolitik im Bundesland Bayern geradezu an. Gleichzeitig konnte das bildungspolitische Lebenswerk Frau Dr. Hamm-Brüchers gewürdigt werden.

Durch die Veranstaltung und die darin erarbeiteten Thesen sollte zur „Erziehung zur Demokratie“ und (als Kehrseite der selben Medaille) zu „Mehr Demokratie an der Schule“ aufgerufen werden. Heraus kam ein bunter Strauß von

Forderungen und Anregungen, von Ideen und Thesen, die am 31. Oktober, dem Reformationstag, symbolisch an die Pforte des Kultusministeriums „angeschlagen“, und dann auch offiziell, zusammen mit einem Brief an die Kultusministerin, Frau Hohlmeier, dem Ministerium übergeben wurden.

Wie es mit dem BED weitergeht, wird am 20. November in München besprochen. Wer sich für das BED interessiert, wende sich an Jennifer Clayton-Chen, Landrichterstr. 19, 81549 München, Tel. 089-6894340. **J. Clayton-Chen**

1) Das BED besteht derzeit aus folgenden Münchner Organisationen: Aktion Demokratische Gemeinschaft, Bürgeraktion Verfassung 93, Internationales Familienzentrum Casa Luz, Aktion Humane Schule, HUMANISTISCHE UNION, Internationaler Lyceumclub, Landesschülervertretung Bayern, Verein für Fraueninteressen. Die Veranstaltung am 20.10. war eine Gemeinschaftsveranstaltung vom BED und der Petra-Kelly-Stiftung.

Die Verwerflichkeit des Versprechens uneingeschränkter Solidarität

Das früher positiv besetzte Wort Solidarität ist inzwischen fast (wieder) zu einem Fremdwort geworden, ja zu einem Schimpfwort verkommen in einer Zeit des schier unbremsten Kapitalismus, in einer Welt des „Rechtes“ des ökonomisch und militärisch Stärkeren.

Und so tut es gut, dieses Wort aus dem Munde eines Politikers zu hören, des Regierungschefs eines Landes, in dem es schon länger seinen guten Klang verloren hat, und leider auch in der Regierungspartei, in der es einst in hohen Ehren und hoher Gunst stand; und man darf wohl lange zurückblättern in Reden des besagten Politikers, um zu ergründen, wann er dieses Wort zum letzten Mal gebraucht hat.

Jetzt ist es auf einmal zu seinem Lieblingswort geworden; kaum eine Rede, in der er nicht die neu entdeckte Solidarität predigt und gebetsmühlenhaft beschwört. Solidarität mit wem? Mit den Schwachen und Armen im Land und in der Welt? Nein: Solidarität mit dem Regierungschef des mächtigsten Staates weltweit; und nicht bloße Solidarität wird diesem versprochen, nein: „uneingeschränkte Solidarität“. Der Kanzler der Bundesrepublik Deutschland gebraucht seit Wochen das Wort Solidarität grundsätzlich nur und ausschließlich mit dem Adjektiv „uneingeschränkt“, wenn er - meist flankiert von seinem Außenminister - mit staatstragender Miene vor die Mikrophone tritt.

Und er kanzelt gleichzeitig alle ab, die ihre Solidarität weniger bedingungslos dem Präsidenten der Vereinigten Staaten andienern, ja sogar eine gewisse Solidarität mit anderen, dieser Solidarität womöglich Bedürftigeren, zu zeigen wagen, zum Beispiel dem afghanischen Volk.

Mag der amerikanische Präsident auch noch so auf „bedingungslose“ und „uneingeschränkte Solidarität“ seiner NATO-Verbündeter drängen: Der Kanzler hat nicht das Recht, „uneingeschränkte Solidarität“ zu versprechen - wem gegenüber auch immer - und noch weniger, eine solche von „seinem“ Volk zu verlangen. Er irrt und handelt in mehrfacher Hinsicht unverantwortlich und unmoralisch; eine uneingeschränkte Solidarität kann und darf es nicht geben:

1) rechtlich: Jeder Einsatz, jedes politische Handeln ist an Recht und Gesetz gebunden, findet seine Einschränkung in der Einhaltung der Menschenrechte, von internationalen Regelungen, im Völkerrecht. Auch innerstaatlich sind Grenzen und Beschränkungen gesetzt vor allem durch das Grundgesetz.

2) politisch: Einer der obersten Grundsätze der Demokratie, besonders der parlamentarischen Demokratie, ist die Gewaltenteilung. Die Regierung ist Teil der Exekutive. Der Kanzler hat zwar laut Art. 65 GG Richtlinienkompetenz, aber ist selbst im „Spannungsfall“ nicht ermächtigt, und kann sich vor allem nicht selber ermächtigen, allein zu entscheiden; und er kann schon gleich gar nicht, auch nicht aufgrund der „Bündnisklausel“, den Souverän eines anderen Staates dazu ermächtigen. Abgesehen davon ist es auch politisch unklug, einem anderen Staat „uneingeschränkte Solidarität“ anzutragen und zu versprechen und damit auf eigene berechnete

Fortsetzung auf Seite 112

Achtung! Achtung! Achtung!

Unsere langjährige Buchhalterin, Frau Helga Weber, hat ihr Studium abgeschlossen und sucht zum nächst möglichen Termin eine Arbeitsstelle. Da sie Kinder hat und örtlich gebunden ist, gestaltet sich ihre Arbeitssuche derzeit schwierig.

Wir bitten deshalb alle Mitglieder um Hilfe bei der Suche nach einer geeigneten Arbeit. Wenn Sie selber jemanden mit den unten genannten Qualifikationen einstellen wollen, oder jemanden kennen (z.B. Ihren Steuerberater) der engagierte Mitarbeiter sucht, würden wir uns freuen, wenn Sie sich in der Bundesgeschäftsstelle melden.

Die gesuchte Arbeit sollte in etwa folgenden Rahmen erfüllen: Ort: Berlin (Zentrum oder Ostteil) und östliches Umland Tätigkeit: 1. Steuerberatungsassistentin, 2. Prüfungsassistentin 3. im Management, Leitung/Personal/Organisation Arbeitszeit: 30 bis 40 Stunden pro Woche, abhängig vom Arbeitsweg.

Frau Weber hat ein BWL-Studium mit den Schwerpunkten Betriebswirtschaftliche Steuerlehre/Wirtschaftsprüfung sowie Unternehmenstheorie und -politik absolviert.

Sie kann bereits auf umfassende praktische Erfahrungen in der Lohn- und Finanzbuchhaltung, bei der Erstellung und Prüfung von Jahresabschlüssen und in der Datenverarbeitung (Datev, MS-Office, Internet) verweisen.

Fortsetzung von Seite 111

Interessen zu verzichten, besonders unklug einem Staat gegenüber, der bis in die jüngste Vergangenheit hinein gezeigt hat, dass er keineswegs gewillt ist, die berechtigten Interessen anderer, z.B. was die Umwelt und selbst die Beachtung der Menschenrechte anbelangt, anzuerkennen und zu berücksichtigen, wenn diese den vermeintlichen Interessen seiner wirtschaftlichen Wortführer entgegenstehen scheinen. Selbst nach dem 11. September zeigt sich die US-Regierung nicht gewillt, der von der Staatengemeinschaft und auch von der Europäischen Union und der deutschen Bundesrepublik geforderten Einführung eines Internationalen Strafgerichtshofs zuzustimmen, im Gegenteil: Sie verlangt Sanktionen gegen die Befürworter eines solchen Völkertribunals!

3) gesellschaftlich: Mit dieser demagogischen Formel „uneingeschränkte Solidarität“ und der gleichzeitig immer wieder vorgebrachten Behauptung, es gebe keine Alternative zu den kriegesischen Handlungen der US-Regierung, stellt sich der Kanzler auf die Seite der populistisch vereinfachenden Meinungsmacher und wendet sich gegen die intellektuell redlichen, differenziert argumentierenden Bürgerinnen und Bürger, die das Prinzip Verantwortung nicht auf Teilbereiche der Politik, nicht auf ein bestimmtes Staatenbündnis, nicht auf einzelne Staaten oder einzelne Politiker reduzieren, sondern Verantwortung für die Menschheit als Ganzes und die Zukunft der Menschheit zeigen. Diese der Besonnenheit und Gewaltlosigkeit verpflichteten Menschen werden ausgegrenzt, diffamiert, ja durch den unwidersprochen hingegenommenen Ausspruch des US-Präsidenten, der alle, die nicht voll für die Maßnahmen seiner Regierung sind, zu Handlangern der Terroristen machen will, kriminalisiert.

4) moralisch-ethisch: Neben all den genannten Gründen ist eine „uneingeschränkte Solidarität“ auch grundsätzlich moralisch verwerflich, da jede Solidarität an moralische Grundsätze gebunden ist und in ihnen ihre Grenzen findet. Niemand darf sein Gewissen, seine Entscheidungsfreiheit vollständig in die Hände eines anderen legen! Darüber hinaus besteht die Gefahr, dass derjenige, dem diese „uneingeschränkte Solidarität“ angetragen wird, nicht verantwortungsbewusst damit umgeht, ja dass er geradezu dazu ermuntert wird, wenn er keinem Rechenschaft schuldig ist; letzteres wäre nämlich bereits eine Einschränkung der „uneingeschränkten Solidarität“, eine ethisch gebotene Einschränkung! Moralisch ungerechtfertigt und unverantwortlich ist auch das Gerede von der angeblich fehlenden Alternative zum Bombenkrieg! Selbstverständlich gibt es Alternativen und das weiß auch der Bundeskanzler und das sollte er auch kundtun; er könnte ja sagen, dass ihm oder dem amerikanischen Präsidenten diese Alternativen nicht einleuchten, aber sie abzuleugnen ist zumindest unredlich! Natürlich wird weder der Kanzler noch ein anderer Politiker zugeben, dass er sich gar nicht die Mühe gemacht hat, überhaupt nach Alternativen zu suchen oder suchen zu lassen, oder dass es ihm und seinen Beratern an Phantasie gebricht, an Phantasie und verantwortungsvoll intellektuellem Streben. Gewalt ist nicht die einzige Antwort auf Gewalt und keineswegs die sinnvollste und moralisch zu rechtfertigende. Von Politikern, die bisher keine Alternativen kennen und sehen (wollen), ist zumindest zu verlangen, dass sie ab sofort alternatives Denken und Forschen fördern!

Johannes Glötzner

Schröder, Blair und Rembremerdeng II¹

Sie müssen Ihren blöden Kopf auch überall vornedran haben. Gemeint ist damit der **Bittsteller, Karl Valentins Spritzbrunnenaufdreher Brandstetter** respektive **Brandstifter**, der um die Gunst des **Zweirats**, pardon **Geheimrats Müller** und seines Komplizen **Baron von Rembremerdeng** buhlt und sich anheischig macht, dessen **Funktäne** auf- und zuzudrehen und seinen eigenen kleinen (*ganz kleinen*) **Spritzbrunnen** im eigenen Heimgarten.

Unsere Gerhard **Brandstetter** und Toni **Brandstifter** suchen sich im Andienern vor Dabbeljuh **Rembremerdeng** gegenseitig zu übertreffen, wozu sich noch der *entsetzliche Fratz*, der rücksichtslose, mediengeile und nur auf eigenen Vorteil bedachte **Berlusconi-Bubi** gesellt, der *ganze Stolz* seines Papis, *ganz narrisch mit dem Radio*.

Über diese drei schrieb schon vor 40 Jahren **Erich Kästner**: *Unser Heerführer und deren Wortführer marschieren, wie Kinder nun einmal sind, munter Trompete blasend an der Tête der amerikanischen Wüchtparade*, und er attestierte noch früher den damaligen deutschen *Wortführern* und profzeite somit den heutigen *wildes Anschmiegen an den großen Bruder überm großen Teich*, die sich dabei wie **Goethes Zauberlehrling** aufzuführen. **Kästner** hoffte, dass jemand *rechtzeitig den gesunden Menschenverstand, die Phantasie und den Mut aufbringe*, zu den (Atom-)bomben und deren *Generalvertretern* zu sagen: „*Besen! Besen! Seids gewesen!*“

Rembremerdeng und seine ihn umhudelnden und vor ihm herumwuselnden hemmungs- und bedingungslos ergebenen Vasallen haben die gleichen primitiven und eindimensionalen Denkmuster: sie kennen nur aufdrehen und abschalten! Nun: **Kästners Trompeten** und **Goethes Wassereimer** sind harmlos und **Valentins Spritzbrunnen** ließen sich mühelos wieder abstellen ...

Übrigens nennt **Karl Valentin** sein **Bittsteller-Stück** *eigentlich ein Trauerspiel*; bei dem kann man aber – so endet es – *aa no was lerna!* Also:!

Johannes Glötzner

¹ **Schröder, Blair und Rembremerdeng I** ist in den MITTEILUNGEN Nr. 167 (September 1999) abgedruckt.

„Man kann das ganze Volk eine Zeit lang täuschen und man kann einen Teil des Volkes die ganze Zeit täuschen, aber man kann nicht das ganze Volk die ganze Zeit täuschen.“ Abraham Lincoln

Souverän über Krieg und Frieden?

Neues aus dem AK Militär der HU (AKM)

Wie alle Menschen, möchten auch Bürgerrechtler in Frieden ihren vielschichtigen Interessen und Beschäftigungen nachgehen, nicht unter Notstandsbedingungen oder gar Kriegsrecht („Bündnis- oder Verteidigungsfall“).

Themen der Äußerer Sicherheit fanden in der HUMANISTISCHEN UNION bis „Kosovo 1999“ ein schwaches Echo. Sie sind ihrer Natur nach schon sehr unangenehm und werden seither, gesteigert seit dem 11. September 2001, oft als persönlich bedrohlich empfunden. Der politische Primat scheint akut bedroht.

Der AKM war beim Verbandstag 1998 gegründet worden, mit Stichworten wie „Wehrpflicht“ und „Neue Aufgaben für das Militär?“ (Selbstverständlich wollte und will, bei anhaltend schlechter Arbeitsmarktpolitik, nicht einmal die Hälfte der Berufssoldaten arbeitslos werden) Weitere aktuelle Themen, zur Genüge durch die Tages-Politik geliefert, wurden, dank Vorstand und Bildungswerk ausführlich behandelt, sogar anlässlich „50 Jahre Grundgesetz“ (Essen 1999).

Immer noch werden weltweit Bürger erschreckt durch militärische Tagesentscheidungen und Ankündigungen mittelalterlicher Politik: „in Acht und Bann“, für die nächsten Monate und Jahre. Anstelle in Ruhe Konzepte für Frieden und Konfliktvorbeugung zu überdenken, werden Bürger täglich zu Re-Aktionen gezwungen, soweit sie Tagesereignisse überhaupt noch wahrnehmen wollen und können. Dafür gibt es gute aktuelle Diskussionsforen: Eines, insbesondere zur staatspolitisch aktuell eingeschränkten Meinungsfreiheit, wurde soeben vom Ortsverband Marburg eröffnet (<http://www.hu-marburg.de>). Und in der Ortsgruppe

Düsseldorf wird nachgedacht über eine Veranstaltung, Arbeitsthema etwa: „zivil-“ bzw. „bürgerpolizeiliche Alternativen-Konzepte zur Militäreinsätzen (der UNO)“.

Eine Hintergrundidee des bundesweiten Arbeitskreises Militär (AKM) war, Friedenspolitik souverän aktiv zu gestalten anstatt, fortwährend re-aktiv, sich durch militärisch-großmächtige Tagespolitik die Tagesordnung bestimmen zu lassen.

Irgendwann, spätestens wenn die Menschen keine Beiträge werden zahlen können zu Großprogrammen wie „star wars“, wird das Kriegsgetöse sicher leiser werden. Bis dahin bittet der AKM schon jetzt die HU-Mitglieder, aber auch die Orts- und Regionalverbände um Zusendung von vorbereitendem Frage- und Thesenstellungen, sowie kreativen Ideen: „In welchen (groben) Themenbereichen soll eine (souveräne) Debatte geführt werden?“ Und natürlich auch: „Wie man den kreativen Schaffens-Eifer von heute herrschenden Militärpolitikern (oder Militaristen) am besten bremsen?“

E-mails können bevorzugt, da schneller behandelt werden: akm@hu-marburg.de; solange noch nicht geschaltet, vorläufig: hblorenz@gmx.net aber auch Briefe werden gern gelesen unter der vorläufigen Post-Adresse: AKM, z.Hd. Helmar Lorenz, Bunderstraat 17, Sint Odiliënberg, NL-6077-GN.

Helmar Lorenz

Anmerkung der Red. Ein weiterer Arbeitskreis zum Thema „Frieden“ ist beim OV Marburg gegründet worden unter dem Titel „Humanismus-Bürgerrechte-Friedensarbeit“, kurz: HBF. Mehr dazu ist bei den OV-Nachrichten zu Marburg in dieser Ausgabe der Mitteilungen sowie der Internetseite <http://www.hu-marburg.de/hbf> zu entnehmen.

Buchbesprechungen

System Leuna?

Am 19. April dieses Jahres schrieb Wilhelm Hennis in der *Zeit* über Deutschlands „untätige Justiz.“ Wen solch ein Appell noch nicht wachgerüttelt hat, dem könnte spätestens jetzt ein Licht aufgehen über die atemberaubende Nähe von Politik und Wirtschaft einerseits und zwischen Politik und Justiz, der sogenannten dritten Gewalt, andererseits. Denn es ist ein Buch erschienen, das am Beispiel des Verkaufs der Leuna-Werke an das Konsortium Thyssen-Elf in den Treuhand-Jahren 1991 bis 94 und an den Folgen bis heute demonstriert, wie zutreffend Wilhelm Hennis Anklage war. Zurecht sind in kurzer Zeit mehr als 10.000 BürgerInnen der Aufforderung gefolgt, die Bonner Generalstaatsanwaltschaft mit massenhaften Beschwerden zu konfrontieren, weil diese das Verfahren wegen Aktenvernichtung und Datenlöschung 1998 im Bundeskanzleramt einstellen wollte, bevor es begonnen hatte. Diese beachtliche BürgerInnenaktivität war allein durch Hennis Artikel provoziert worden.

Welche Reaktionen könnte, sollte erst der Bericht der beiden *Zeit*-Journalisten Thomas Klein-Brockhoff und Bruno Schirra auslösen, der sich wie ein Kriminalroman liest. Während der Sonderermittler Burkhard Hirsch seit Juni

2000 im Rahmen eines eng kalkulierten Regierungsauftrags duldsam und gewissenhaft die der Aktenvernichtung im Kohls Kanzleramt entgangenen Dokumente studierte, recherchierten die beiden Autoren Akteure und Zusammenhänge. Warum interessiert sich in Deutschland niemand für die Leuna-Ermittlungen der Genfer Staatsanwaltschaft?

Wer solche Fragen heute in Deutschland stellt, wie die beiden Spurensucher es tun, steht erst mal im dichten Nebel und lernt dann „eine Welt aus Druck, Angst und Macht“ überdeutlich zu erkennen. Es geht um „Käuflichkeit der deutschen Politik“ und um eine Justiz, von der die Nutznießer dieses „Systems“ nichts zu fürchten haben. Gut, dass wenigstens die vierte Gewalt noch bisweilen funktioniert. Möchte man meinen. Doch in Hamburg erwartet die Autoren schon ein erster Prozess. Prinzip Öffentlichkeit?

Maria Kühn-Ludewig

Thomas Klein-Brockhoff / Bruno Schirra:
Das System Leuna. Wie Politiker gekauft werden.
Warum die Justiz wegschaut. Reinbek bei Hamburg,
RowoIT Taschenbuch, 2001, 303 S., Preis 17,41 DM

Buchbesprechungen

Rote Hilfe - 200 Vorbestellungen werden benötigt¹

Inhalt: Zur Geschichte der Roten Hilfe Deutschlands; Der Feind steht links - Politische Justiz 1919-1933; Justizkrieg - Die Arbeit der Anwälte der Roten Hilfe Deutschlands; Strategien für den Kampf im Gerichtssaal; Prozesse, Aktionen, Kampagnen, Untersuchungsausschüsse; Wie verteidigt sich der Proletarier vor Gericht; Für eine fortschrittliche Rechtspolitik; Die internationale Juristische Vereinigung; Der Alltag eines Rote-Hilfe-Anwalts; Das Ende. Zu Unrecht (fast) vergessen: 300 Biographien der für die Rote Hilfe tätigen Rechtsanwälte; Literatur- und Quellenverzeichnis; Alphabetische Übersicht über die regionale Verteilung der für die Rote Hilfe tätigen Rechtsanwälte in Deutschland bis 1933.

„Die Autoren sind auf historische Spurensuche gegangen. Sie haben Namen und Lebensdaten von Rechtsanwälten aufgespürt, die in den 14 Jahren der Weimarer Republik, in denen sich das Hitler-Reich ankündigt, im Auftrage der Roten Hilfe Menschen vor Gericht verteidigt haben. Es ist traurig, daß diese Anwälte und die Menschen, die damals angeklagt wurden, in Vergessenheit geraten konnten, denn sie waren es, die gegen die faschistischen Terroristen und ihre Wegbereiter im Staatsapparat und in der Justiz schon zu einer Zeit gekämpft haben, als deren 'Machtergreifung' noch zu verhindern gewesen wäre. An diese von republikfeindlichen, deutsch-national oder faschistisch gesinnten Richtern verurteilten Angeklagten und deren Verteidiger hätte das kollektive Geschichtsbewusstsein der Deutschen nach dem Zusammenbruch des Nazi-Staates anknüpfen können. Sie waren die Repräsentanten des anderen Deutschland, an das die kollektivschuldige Mehrheit sich hätte erinnern sollen, als sie sich ihrer eigenen Geschichte schämte oder hätte schämen müssen.

Aber da gab es Gründe, sich dieser Menschen nicht zu erinnern, denn gerade an ihnen war man schuldig geworden, und sie waren noch immer oder schon wieder Gegenstand des Hasses oder der Diskriminierung. Daß die Angeklagten der politischen Justiz von 1918- bis 1933 ganz überwiegend Kommunisten waren, sicherte ihnen zwar in der DDR ein ehrendes Andenken, nicht aber in der alten Bundesrepublik, in der historische Verdienste von Kommunisten einfach nicht wahr sein durften und weiterhin der Zensur durch Verschweigen verfielen. Sich ihrer zu erinnern hätte der neuen Kommunistenverfolgung, die bis in unsere Tage anhält, im Wege gestanden.

Mit den Verteidigern hatten beide deutsche Nachkriegsstaaten ihre Schwierigkeiten. Nicht nur, weil sie ganz überwiegend Juden oder jüdischer Abstammung waren und antisemitische Geisteshaltungen hier wie dort fortwirkten oder wiederkamen.

Auch soweit sie Kommunisten waren, erinnerte man sich ihrer sowohl im Westen wie im Osten nicht gerne, weil man nicht über sie reden kann, ohne auch der schwärzesten Abschnitte deutscher und sowjetischer Geschichte zu gedenken. Denn die Lebensläufe vieler Angeklagten und ihrer Verteidiger endeten in Gefängnissen und Todeslagern. Und zwar, was für alle freiheitlich gesinnten Sozialisten beson-

ders empörend ist, nicht nur in denen Hitlers, sondern auch denen Stalins.

Und auch dieses Buch ist eine Sammlung erschütternder Lebensschicksale in Kurzfassung. Immer wieder finden wir Schlusssätze wie '... und nach einjähriger Haft zum Tode verurteilt und erschossen.'

Dieses Buch kann von vielen Rechtsanwälten, die in jener mit antikommunistischer Feindseeligkeit und Mordbereitschaft aufgeladenen Zeit zwischen 1918 und 1933 den Mut hatten, Kommunisten, Sozialdemokraten und Linke vor Gericht zu verteidigen, nur dürre Daten und Fakten mitteilen, die von den Autoren mit viel Mühe ermittelt worden sind. Aber für jeden, dem die barbarischen staatlichen Großverbrechen des 20. Jahrhunderts nicht unbekannt sind, werden aus vielen Stichworten menschliche Katastrophen lebendig, die sich zu einem dramatischen historischen Gesamtbild zusammensetzen.“

Aus dem Vorwort von **Heinrich Hannover**

Heinz-Jürgen Schneider, Erika Schwarz, Josef Schwarz:
Die Rechtsanwälte der Roten Hilfe Deutschlands. Politische Strafverteidiger in der Weimarer Republik - Geschichte und Biografien.
Vorw. Heinrich Hannover
ca. 360 S., zahlreiche Abb. Und Faksimiles, gebunden.
Subskriptionspreis bis 1. März 2002 Euro 20,00, danach Euro 25,00
1) Es werden 200 Vorbestellungen benötigt, damit der Titel erscheinen kann.

Anzeige:

vorgänge Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik

Inhalt (Auswahl) 40. Jahrgang, Dezember 2001, Heft 4

„Intellektuelle ohne Macht?“

Wolfram Burkhardt/Johan F. Hartle:

Risse im Raum des Politischen
Über den Typus des streitbaren Intellektuellen

Jens Hacke:

Skepsis und Kompensation
Rückblick auf eine liberalkonservative Intellektuellengeneration in der Bundesrepublik

Alexander Cammann:

Innovation und Illusion
Das SPD/SED-Papier von 1987 als Form intellektueller Politik

Francois Beilecke:

„Der Intellektuelle ist tot, es lebe der Intellektuelle“
Anmerkungen zur neueren französischen Intellektuellenforschung

Christian Oberländer:

Intellektuelle und Universitäten in der Globalisierung
Das Schicksal der akademischen Freiheit am Fallbeispiel Japan

Essay:

Jutta Limbach:

Über die Menschenwürde

Bestellungen über den Verlag Leske und Budrich, Gerhard-Hauptmann-Str. 27,
Postfach 300 551, 51334 Leverkusen, Tel. 02171-4907-0 Fax: 02171-4907-11.

Europäischer Aufruf

Demokratische Bürgerrechte dürfen nicht durch den Krieg gegen den Terrorismus beschädigt werden.

Im Rahmen des Kampfes gegen den Terrorismus hat die Europäische Kommission einen Beschluss vorbereitet, welcher die einzelnen mitgliedstaatlichen Gesetzgebungen auf dem Gebiet des Terrorismus vereinheitlichen soll.

Der Beschluss wird als Reaktion zu den Attentaten in New York und Washington gesehen. Die mutmaßlichen Attentäter könnten jedoch ohne weiteres nach den heute gegebenen Gesetzgebungen verurteilt werden. Die neue Gesetzgebung der Europäischen Union läuft jedoch mehrheitlich darauf hinaus, allzu strenge Strafen zu setzen, so dass eine bloße vermeintliche Beteiligung an sozialen Handlungen bereits als terroristisch betrachtet und deshalb unter Strafe gestellt würden. Das würde für alle Mitgliedsstaaten gelten, auch für diejenigen, die unter Umständen mildere Strafen oder keine Strafen für harmlose Tätigkeiten vorgesehen haben.

Die neue von der Kommission vorgesehene Gesetzgebung fügt deshalb der aktuellen Rechtssituation nichts Neues hinzu, was den Terrorismus besser bekämpfen würde. Im Gegenteil. Die von der Kommission vereinheitlichte Definition eines Terrorismus ist derart weit gefasst und auslegbar, dass jede soziale Kampfaktivität kriminalisiert ja sogar als terroristisch betrachtet werden kann.

Die Beschreibung aus der Definition „Die unerlaubte Besetzung von Infrastrukturen um soziale und ökonomische Strukturen schwer zu beeinträchtigen“ qualifiziert alle Art von Besetzungen von öffentlichen Plätzen und Unternehmen als terroristisch. Die „Störung von Wasser- und Elektrizitätsversorgung und alle anderen Arten natürlicher Quellen“ macht jede soziale Aktivität der in diesem Sektor arbeitenden Arbeiter zum Terroristen. Ein bloßes Erscheinen einer sozialen Vereinigung dieser Art ist ebenfalls als terroristischer Akt zu bezeichnen.

Humanistischer Weltkongress

Ein Humanistischer Weltkongress soll vom 3. bis 6. Juli 2002 in Nordwijkerhout in Nordholland stattfinden. Eingeladen ist dazu Arundhati Roy aus Indien, Autorin des weltweiten Bestsellers „Der Gott der kleinen Dinge“.

Informationen beim IHEU Kongress Sekretariat,
P.O. Box 75490, NL- 1070 Amsterdam,
Telefon ++31-20-5 21 90 00, Fax ++31-20-5 21 90 80,
E-mail, info@humanistischverbond.nl

Aus dem Beirat

Als Mitglied des Bundesvorstandes gewählt und daher aus dem Beirat ausgeschieden ist Dr. Jürgen Kühling. Bereits vor einigen Monaten hat Fritz Bode seine Mitgliedschaft im Beirat aus persönlichen Gründen niedergelegt. Prof. Dr. Erich Küchenhoff wurde der Verdienstorden I. Klasse der Bundesrepublik Deutschland verliehen. Er erhielt diese Auszeichnung für sein Engagement für Freiheit und Bürgerrechte, Frieden und Aussöhnung.

Tobias Baur

Im Weiteren wird „die Ermutigung“ zu solchen Aktivitäten durch einzelne oder durch mehrere Personen (Gruppe) mit 7 Jahren Gefängnis bestraft.

Die Versammlungsfreiheit, das Streikrecht, die Meinungsäußerungsfreiheit, werden wesentlich durch diesen Beschluss bedroht.

Zudem wird eine solche Gesetzgebung eine ebenso außergewöhnliche Verfahrensgesetzgebung nach sich ziehen. Das führt unausweichlich zu einer speziellen Verfahrenspraxis und einer Ausweitung der Frist der Untersuchungshaft, die unter Umständen zu einem ungewollten Geständnis führen können.

Der Beschluss sollte eine logische Schlussfolgerung auf den Kampf gegen den Terror sein. In Tat und Wahrheit wird diese antiterroristische Vereinheitlichung der Gesetzgebung eine wahrhaftige Kriegsmaschinerie gegen die demokratischen Freiheitsrechte und gegen diejenigen, die sich aus verschiedenen Gründen „in Opposition“ zu einem immer mehr globalisierten und ungerechten ökonomischen, politischen und sozialen System befinden.

Die Unterzeichnenden rufen deshalb alle sich der zur Verteidigung der demokratischen Bürgerrechte bewussten Kräfte auf, sich gegen diesen Beschluss der europäischen Kommission, der den Mitgliedstaaten aufgezwungen wird, zu wehren. Sie verlangen von den Europäischen Institutionen und ihren parlamentarischen Repräsentanten eine Inkraftsetzung des freiheitsraubenden Beschlusses zu verhindern.

Antoine Comte, Rechtsanwalt in Paris

Ties Prakken, Rechtsanwalt in Amsterdam

Jan Fermon, Rechtsanwalt in Brüssel

Pour signer - To sign - Om te ondertekenen

Contact : jan.fermon@skynet.be

Ou Jan Fermon, Fax : 3 22-2 15 80 20

Anzeige:

**Frauen riskieren
oft Kopf und Kragen
für ihre Rechte.
Riskieren Sie
einen Blick in
unsere Zeitschrift.**



**Menschenrechte
für die Frau**

Die Zeitschrift
von TERRE DES
FEMMES

BERLIN

Landesgeschäftsstelle der HUMANISTISCHEN UNION
im Haus der Demokratie und Menschenrechte,
Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin,
Telefon: 030/204 2504 (Di. 9 - 14 Uhr und Do. 16 - 20 Uhr)
e-mail: bu_berlin@humanistische-union.de

- An den künftigen Senat von Berlin wendet sich der Berliner Landesverband mit **Forderungen nach einer den Grundrechten verpflichteten Stadtpolitik**. Schwerpunkte des Papiers sind innenpolitische Themen wie die Rücknahme der von der großen Koalition vorgenommenen Verschärfung des Berliner Sicherheits- und Ordnungsgesetzes, die Rückkehr zur polizeilichen Deeskalation bei Demonstrationen und eine stärkere Kontrolle des skandalträchtigen Berliner Verfassungsschutzes. Außerdem verlangen wir mehr Initiativen zur Haftvermeidung und Resozialisierungsangeboten im Strafvollzug, einen Ausbau des Angebots von Ganztagschulen und verbesserter Betreuungsmöglichkeiten für Schulkinder, eine aktive Demokratiepoltik (Senkung der Hürden für Volksentscheide, Ausbau des Akteneinsichtsrechts, Unterstützung zivilgesellschaftlicher Initiativen) sowie eine Verbesserung des Schutzes vor Diskriminierungen. Der gesamte Forderungskatalog kann in der Geschäftsstelle des Landesverbandes bestellt werden.
- Gemeinsam mit der Zeitschrift *Ossietzky* und der Liga für Menschenrechte setzten wir unsere monatliche Diskussionsreihe „**Republikanischer Vesper**“ fort. Am 27. September stellte Dieter Schenk sein neuestes Buch „Auf dem rechten Auge blind“ vor, in dem er die „brauen Wurzeln“ des Bundeskriminalamtes aufdeckt und die personellen, ideologischen und strukturellen Kontinuitäten von den NS-Sicherheitsbehörden zum BKA rekonstruiert. Am 25. Oktober fand eine Diskussion zur „Zuwanderung im Zeichen der Globalisierung“ statt. Der Kölner Politikwissenschaftler Christoph Butterwege referierte über das Verhältnis von Wirtschaft und Einwanderung. Ulla Jepke (PDS-Fraktion) und Eren Ünsal (Türkischer Bund Berlin-Brandenburg) kritisierten den Entwurf des Innenministeriums für ein Zuwanderungsgesetz und ausländerrechtliche Verschärfungen in den „Sicherheitspaketen“. Am 29. November diskutierten wir mit Katja Grote (Deportation Class Kampagne), Mathias John (ai), Wolfgang Kaleck (RAV) und dem Wirtschaftshistoriker Thomas Kuczynski über neue Aspekte menschenrechtlicher Arbeit im Zeitalter der Globalisierung. Unter dem Titel „Konzernmacht contra Menschenrechte - Menschenrechte contra Konzernmacht“ verglichen wir die verschiedenen Ansätze, mit denen Menschenrechtsgruppen Unternehmen mit menschenrechtlichen Forderungen konfrontieren. Die Republikanischen Vespere werden im nächsten Jahr fortgesetzt. Am Donnerstag, **31. Januar** wird es um die von Überbelegung gekennzeichnete **Situation in den Berliner Knästen** gehen (19 Uhr, Robert-Havemann-Saal, Haus der Demokratie und Menschenrechte).
- Für den 13. Dezember haben wir anlässlich des Besuchs von Nadine Strossen (Präsidentin der American Civil Liberties Union) eine Diskussionsrunde zwischen ihr und Prof. Alexander Blankenagel (Humboldt-Universität Berlin) vorbereitet. Unter der Überschrift „**Civil Liberties im Zeichen der Terrorbekämpfung**“ werden die innenpolitischen Entwicklungen in den USA und in Deutschland nach dem 11. September 2001 verglichen.
- Zu aktuellen Diskussionen und zur Vorbereitung der nächsten Veranstaltungen laden wir alle Mitglieder und Interessierten zu unseren **öffentlichen Vorstandssitzungen** ein. Die Sitzungen finden in der Regel alle

zwei Wochen donnerstags um 18.30 Uhr statt. Für die nächsten Termine und weitere Nachfragen bitte an die Landesgeschäftsstelle wenden.

- Über Arbeit und Termine des Landesverbandes informiert neuerdings auch eine eigene Homepage im Internet, die unter <http://www.hu-bb.de> zu erreichen ist.

BILDUNGSWERK DER HU NRW E.V.

Bildungswerk der HUMANISTISCHEN UNION NRW,
Kronprinzenstr.15, 45128 Essen,
Telefon: 0201/22 79 82, Telefax: 0201/23 55 05,
e-mail: buero@bu-bildungswerk.de
bzu: vorname.nachname@bu-bildungswerk.de
web: <http://bu-bildungswerk.de>

- **30 Jahre Bildungswerk der HU NRW!**
Das Bildungswerk der HUMANISTISCHEN UNION NRW wurde 1971 von aktiven HU-Mitgliedern gegründet und ist seitdem in Nordrhein-Westfalen und darüber hinaus in der politischen Bildung aktiv: mit Bürgerrechtsthemen, historisch-politischer Bildung, Bildungsurlaubs-Angeboten, vielfältigen Arbeitskreisen und Tagungen zu den Themen der Bürgerinitiativen und Bürgerbewegungen der alten und neuen Bundesrepublik. Das 30jährige Jubiläum wurde nur in kleinem Rahmen - im Rahmen einer Mitgliederversammlung - am 2. Dezember gefeiert; trotz eines weitgehenden Generationenwechsel konnten einige Gründungsmitglieder begrüßt werden. Vorstand und MitarbeiterInnen konnten feststellen, daß das Bildungswerk seine Arbeit und seine wirtschaftliche Lage in den letzten drei Jahren stabilisieren konnte, daß trotz einer knappen Personal- und Mittelausstattung immer wieder qualitativ vorzeigbare Veranstaltungen gelingen. Die wissenschaftlich-pädagogische Arbeitsstelle des Bildungswerks konnte seit 1999 einige Modell- und Forschungsprojekte durchführen, über die demnächst einmal berichtet wird.
- **Aus dem Veranstaltungsprogramm des nächsten Halbjahres:**
Das Demonstrations- und Versammlungsrecht im öffentlichen Widerstreit
Spätestens wenn wieder ein Castor-Transport fällig ist, erhalten die Probleme des Demonstrationsrechtes öffentliche Aufmerksamkeit. Ist es richtig, wenn Camps und Kundgebungen direkt an der Eisenbahnstrecke untersagt werden? Dürfen auch unbeugsamere Aktivisten in Vorbeugehaft genommen werden, weil militante Aktionen befürchtet werden, und dürfen auch Rechtsradikale wie die Mitglieder der NPD gegen die Wehrmachtsausstellung demonstrieren?
Es geht beim Versammlungs- und Demonstrationsrecht um ein fundamentales Bürgerrecht, das durch Polizeieinsätze und Gerichtsentscheidungen oft beschädigt zu werden droht.
Termin und Ort: 27. und 28. 4. 2002 in Haus Villigst, Schwerte bei Dortmund
Referenten: stehen noch nicht fest
Leitung: Paul Ciupke, RA Wilhelm Achelpöehler
Kosten: 75 Euro
Reformbewegungen im 20. Jahrhundert (Bildungsurlaub)
Das 20. Jahrhundert ist von vielen Reformbewegungen geprägt worden, die wir im Rahmen dieses Seminars vorstellen und vergleichen wollen: Die Jugendbewegung zu Beginn des Jahrhunderts mit Ausläufern bis in die 50er und 60er Jahre, die Arbeiterbewegung mit einem das ganze Jahrhundert prägenden

Fortsetzung auf Seite 117

Fortsetzung von Seite 116

Programm, die Protestbewegung 1968 mit internationalen Dimensionen, die Frauenbewegung und schließlich die Friedens- und Ökologiebewegung. Im Rahmen dieser Woche wollen wir die Besonderheiten dieser Bewegungen, ihre Ziele, ihr besonderes Subjekt- und Gesellschaftsverständnis, aber auch an die Gemeinsamkeiten erinnern und an vielfältigem Material herausarbeiten.

Termin: Sonntag, 23. bis Freitag, 28. Juni 2002

Ort: Volkshochschulheim Klappholtal - Akademie am Meer, List/Sylt
(Das Volkshochschulheim ist eine Gründung der Jugendbewegung und liegt abseits aller Orte in den Dünen Sylts direkt am Meer.)

Referent: Prof. Dr. Arno Klönne

Leitung: Paul Ciupke, Dr. Birgit Meyer Ehlert

Kosten: 320 Euro (Übernachtung im DZ, Vollpension, ohne Anreise)

HauptstadtZeitGeschichte

Begegnung mit Berliner Vergangenheit und Gegenwart

Um Orte, Spuren und Themen aus Berlins bewegter Vergangenheit und um gegenwärtige politische Fragestellungen soll es gehen. Einbezogen werden Erinnerungsstätten der NS- und der DDR-Geschichte sowie Gespräche mit Zeitzeugen.

Vom 27. bis 31. Mai 2002 in Berlin

Kostenbeitrag (Ü in EZ, Halbpension): Euro 320

Die Anreise ist individuell.

Leitung: Elfriede Grimm, Heidi Behrens

Anmeldung bis 8. April 2002.

Industriekultur im Ruhrgebiet I (Bildungsurlaub)

Alte stillgelegte Industrieanlagen, Zechen, Gasometer und Hochöfen werden seit einiger Zeit in ihrer eigentümlichen Schönheit neu entdeckt und umgenutzt. Es sind so nicht nur einmalige Ausstellungsorte und Industriemuseen entstanden, sondern auch Landschaftsparks und neue Gewerbeflächen im historischen Gewand; die Natur erobert Teile der Landschaft zurück und ehemalige Halden werden zu Aussichtspunkten und künstlerisch gestaltete Landmarken.

Vergangenheit und Zukunft gehen eine neue Verbindung ein: Die Geschichte des Ruhrgebiets und die Probleme des Strukturwandels wollen wir am Beispiel der Industriekultur und der Nutzung alter Industriearmale untersuchen. (Exkursionen zu markanten Beispielen mit öffentlichen Verkehrsmitteln)

Leitung: Paul Ciupke, Claus Stiens

Termin und Ort: 10. bis 14. Juni 2002 in Bochum

Kosten: 210 Euro (einschließlich: Übernachtung im DZ, HP, Seminargebühren und Transfers vor Ort, ohne Anreise, Einzelzimmerzuschlag bitte erfragen) Ohne Ü. und HP: 70 Euro

Niederländer – Juden – Deutsche. Spurensuche in Amsterdam

Die Zeit der Besetzung durch NS-Deutschland ist in den Niederlanden in lebendiger Erinnerung geblieben, unter der Oberfläche eines guten nachbarschaftlichen Verhältnisses wirken die Erfahrungen von Besatzungsrecht, Deportation und Widerstand heftig nach. Wir wollen in Amsterdam einschlägige Gedächtnisorte wie das Anne-Frank-Haus, das Nationaldenkmal und das jüdische Museum aufsuchen und mit niederländischen Partnern über die Differenzen des Erinnerns sprechen.

Termin und Ort: 27. bis 29. 5. 2002 in Amsterdam

Leitung: Sandra Schubert/Alexandra Paufler

Kosten: 100 Euro (ohne Anreise, Ü. im DZ, Frühstück, Eintrittsgebühren)

Politische Philosophie heute

Die alten traditionsverbürgenden und bindenden Religionen, Bewegungen und Milieus verlieren immer mehr ihre Anziehungskraft. Was kommt

jenseits der schönen Konsumwelt als begründender philosophischer und politischer Horizont. Wir wollen aktuelle Schulen der politischen Philosophie vorstellen und daraufhin befragen, inwieweit sie in der Lage sind politische Selbstverständnisse und Programmatiken zu begründen, dazu zählen u.a. der Kommunitarismus, der Pragmatismus, die Diskursethik und die Postmoderne.

TeilnehmerInnen: Lehrer, Erwachsenenbildner, sonstige Interessierte

Termin und Ort: 22. bis 24. 5. 2002 in Haus Ohrbeck bei Osnabrück

Referent: Dr. Bernd Ladwig, Uni Magdeburg

Leitung und Mitarbeit: Dr. Peter Hufer, Paul Ciupke, Horst Lahmann

Kosten: 50 Euro (ohne Anreise, Übernachtung im DZ/HP)

(In Kooperation mit der niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung, und der Kreisvolkshochschule Viersen)

- Nähere Programm-Informationen und Anmeldungen: (Adresse siehe oben).

LANDESVERBAND NRW

Landesverband NRW der HUMANISTISCHEN UNION,

Kronprinzenstr. 15, 45128 Essen,

Telefon: 0201/22 79 82, Telefax: 0201/23 55 05

e-mail: hu.bildungswerk@cityweb.de

- Der Landesverband NRW trifft sich unregelmäßig in den Räumen des Bildungswerks der HU, Kronprinzenstr. 15, 45128 Essen. Weitere Themen und Interessierte sind herzlich willkommen. Auskünfte über den Landesvorstand (Ursula Tjaden, Helge Klawitter, Dietrich Schade, Paul Ciupke), erreichbar über das Bildungswerk der HU NRW (s.o.)
- die Arbeitsgruppen im nordrhein-westfälischen Landesverband der HUMANISTISCHEN UNION (Interessierte sind willkommen!):
Arbeitskreis „Staat und Kirchen“
Der „Arbeitskreis Staat und Kirchen“ beschäftigt sich schon länger mit dem Schulfach „Praktische Philosophie“ und demnächst mit dem Islamunterricht in NRW. Kontakt über Ulrich Gehl, Tel. und Fax: 0234-287 82 07 oder über das Landesverbands-Büro (Adresse siehe oben).
Arbeitskreis „Kommunale Beteiligung“
Der Arbeitskreis „Kommunale Beteiligung“ wurde angeregt durch die Delegiertenkonferenz 1999 und diskutiert neue Formen kommunaler Demokratie und Beteiligungsmöglichkeiten.
- Weitere Informationen und Kontakt - auch für Interessierte aus anderen Bundesländern (Adresse siehe oben).

Anzeige:

„Die einzige Zeitung, die ich von der ersten bis zur letzten Seite lese.“

Dr. Heinrich Hannover, Bremen

„Exellent gemacht.“

Dr. Thomas Kuczynski, Berlin

Zweiwochenschrift „Ossietzky“

Jahresabo DM 100,- (Ausland DM 160,-)

Halbjahresabo DM 55,-

Bestelladresse: Verlag Ossietzky GmbH
Vodere Schöneporth 21, 30167 Hannover

HU-Nachrichten

ESSEN

Büro Essen der HUMANISTISCHEN UNION,
c/o Heidi Behrens-Cobet, Semperstr. 3, 45138 Essen,
Telefon: 0201/26 33 44 oder
Kronprinzenstr.15, 45128 Essen

- keine neuen Meldungen

DÜSSELDORF

Ortsgruppe Düsseldorf der HUMANISTISCHEN UNION,
c/o Hildegard Beine, Bankstraße 42, 40476 Düsseldorf,
Telefon: 0211/491 16 78 oder
c/o Reinhard Mokros, Thomas-Mann-Str. 25,
41068 Mönchengladbach, Telefon: 02161/52 104

- Eine ganz besondere Veranstaltung für das Jahr 2002 zeichnet sich ab: Es ist geplant, den kommenden **Verbandstag der HU in Düsseldorf** stattfinden zu lassen. Voraussichtlicher Termin für das Verbandstags-Wochenende ist Ende Juni 2002!
- Die Ortsgruppe trifft sich an jedem zweiten Montag im Monat um 19.00 Uhr im Bürgerhaus „Salzmannbau“, Raum 106, Himmelgeister Str.107, 40225 Düsseldorf

Die voraussichtlichen Termine für 2002 sind - bitte notieren: 14. Januar, (Februar noch offen), 11. März, 08. April, 13. Mai, 10. Juni, 08. Juli, 12. August, 09. September, 14. Oktober, 11. November und 09. Dezember
Terminänderungen sind jedoch möglich, bitte sicherheitshalber anfragen.
Wir freuen uns über alle HU-Mitglieder und Gäste, die mit uns bei den monatlichen Montagstreffen diskutieren möchten. Themenvorschläge sind immer willkommen!

FRANKFURT

Ortsverband Frankfurt der HUMANISTISCHEN UNION,
c/o OV-Vorsitzender Klaus Scheunemann, Telefon: 069/52 62 22

- Am 08. November 2001 fand eine Podiumsveranstaltung mit dem Titel: „Empfängnisverhütung trotz Vatikan: Wie kann das gehen?“ statt. Auf dem Podium, das von Klaus Scheunemann moderiert wurde, diskutierten Werner Holzer, ehem. Chefredakteur der Frankfurter Rundschau, Prof. Dr. Ingrid Langer, Bundesvorsitzende von PRO FAMILIA und ein Vertreter der katholischen Publizistik.
Noch nicht realisieren konnten wir bislang eine von Jürgen Gandela konzipierte Diskussion über den Strafvollzug in Hessen. Im hessischen Justizministerium wurden die Zuständigkeiten verändert und der zu unserem Thema kompetente Mann erbittet Einarbeitungszeit. Wir werden aber auf das Thema zurückkommen.
- Vorschläge zur Themenplanung sind willkommen, Termine bitte erfragen über Klaus Scheunemann.

HAMBURG

OLandesverband Hamburg der HUMANISTISCHEN UNION,
c/o Hauke Borchert, Telefon: 040/739 51 34

- Die genauen Termine und Orte der z.Zt. alle ein bis zwei Monate stattfindenden Treffen des Landesverbandes Hamburg sind zu erfragen über Hauke Borchert (Adresse siehe oben). Um rege Beteiligung wird gebeten!

MAINZ-WIESBADEN

Ortsverband Mainz-Wiesbaden der HUMANISTISCHEN UNION,
c/o OV-Vorsitzender Hans-Peter Terno,
Wallaustrasse 37, 55118 Mainz,
Telefon: 06131/61 86 26 (priv.) und 06131/146 74 53 (dienstl.)

- Der langjährig amtierende Vorsitzende des länderübergreifenden OV-Mainz-Wiesbaden Hans-Peter Terno hat wegen starker beruflicher Belastung die Führung des Ortsverbandes bedauernd niedergelegt. Für das langjährige Engagement im Sinne des Ortsverbandes und die Bereitschaft als Kontaktadresse zur Verfügung zu stehen, möchten wir uns ganz herzlich bei ihm bedanken.

Ein/e Nachfolger/in ist derzeit leider noch nicht in Sicht. Interessierte sind gebeten, sich kurzerhand mit der HU-Bundesgeschäftsstelle in Kontakt zu setzen.

MARBURG

Ortsverband Marburg der HUMANISTISCHEN UNION,
c/o Franz-Josef Hanke, Furtbstr. 635037 Marburg,
Telefon: 06421/666 16
e-mail: ortsverband@bu-marburg.de
web: <http://www.bu-marburg.de>

- Diskussionskreis „Humanismus, Bürgerrechte, Friedensarbeit“
Der HU-Ortsverband Marburg hat einen offenen Diskussionskreis zu den Themen „Humanismus, Bürgerrechte, Friedensarbeit“ in Form einer offenen Mailingliste eingerichtet. Wer sich an den Debatten des Diskussionszirkels beteiligen möchte, wende sich an den Listenverwalter Hans Rink unter der e-Mail-Adresse bbf@bu-marburg.de
- Das traditionelle HU-Neujahrssessen findet am Sonntag (6. Januar 2002) um 12.30 Uhr statt. Der Ort wird noch bekanntgegeben. Eine schöne Adventszeit - auch den nicht-religiösen Freundinnen und Freunden - wünscht der HU-Ortsvorstand mit herzlichen Grüßen.
- Diskussionsveranstaltung am 29. Januar: Unter dem Titel „Deutschum, Europäertum, Weltbürgertum - drei konzentrische Kreise politischer Identität“ stellt der Philosoph Dr. Joachim Kahl am 29. Januar 2002 seine „Leitideen zur Leitkultur“ vor. Der Veranstaltungsort steht noch nicht fest.
- HU-Ortsverband-Treffen: Am letzten Dienstag jeden Monats trifft sich der OV Marburg im „Bistro Rendezvous“ in der Frankfurter Straße 2a. Alle interessierten Humanistinnen und Humanisten sind zu diesem Stammtisch herzlich eingeladen.

LANDESVERBAND NIEDERSACHSEN

Achtung Neue Adresse
Landesverband Niedersachsen
c/o Ute Kühling
Lister Straße 21, 30163 Hannover
Tel.: 0511/3946942

- Für nähere Informationen werden die niedersächsischen Mitglieder vom Interims-Vorstand des Landesverbandes Niedersachsen rechtzeitig gesondert informiert. Rückfragen an Ute Kühling (Adresse siehe oben)

REGIONALVERBAND NORDBAYERN

Regionalverband Nordbayern / OV Nürnberg
c/o Irene Maria Sturm, Augustinstr. 2, 92421 Schwandorf,
Telefon: 09431/42348 (Telefax: -42954), e-mail: i.sturm@sadnet.de
oder c/o Sophie Rieger, Güntersbühlerstr. 38, 90491 Nürnberg,
Telefon: 0911/59 15 24

- Für die kommende Zeit ist u.a. geplant, in Regensburg eine Veranstaltung zum Thema **Überwachung, Gentests und Einschränkung bürgerlicher Freiheiten** zu machen. Regensburg spielt derzeit eine Vorreiterrolle, was die Überwachung von öffentlichen Räumen betrifft. Aktualisiert wird dieses Thema durch den sehr ernst zu nehmenden Bericht des Bundesdatenschutzbeauftragten. Gedacht ist an eine Diskussion mit Datenschützern, Politikern aus Bund und Land sowie Rechtswissenschaftlern. Für diese Veranstaltung wird um zweckgebundene Spenden gebeten (HUMANISTISCHE UNION, RV Bayern, Konto 27774, Bäckerbank Nürnberg, BLZ 760 903 00)

RV MÜNCHEN SÜDBAYERN

RV München - Südbayern der HUMANISTISCHEN UNION,
c/o W. Killinger, Paul-Hey-Str. 18, 82131 Gauting,
Telefon: 089/850 33 63, Telefax: 089/89 30 50 56,
e-mail: w.killinger@link-m.de

- Der Empfang zum 40 jährigen Jubiläum der HU am 26. August im Münchner Rathaus fand regen Zuspruch. Wir konnten nicht nur den gesamten Bundesvorstand, die BeiratInnen Heide Hering und Prof. Dr. Wilhelm Steinmüller, sondern auch den bayerischen GRÜNEN-Chef Jerzy Montag und den Stadtrat Bernhard Fricke begrüßen.
- Ebenso gut besucht war die Bildungsoffensive für soziales, emotionales und weitoffenes Lernen „Starke Schule – Starke Bürger – Starke Demokratie“ am 20. Oktober mit Prof. Dr. Hartmut von Hentig, Johannes Glötzner, Wunibald Heigl unter anderem Ehrengast war Dr. Hildegard Hamm-Bröcher. Jennifer Clayton-Chen berichtet auf Seite 110 bis 111
- Unsere weiteren Planungen befassen sich mit Projekten wie: Mit dem „Terrorismus“-Bekämpfungsgesetz in den Überwachungsstaat, Ausländer-, Asylverfahrens- und Zuwanderungsgesetze,

Lesung mit Dieter Schenk aus seinem neuen Buch „Auf dem rechten Auge blind - Die braunen Wurzeln des BKA“, Korruption, Whistleblowing und freier Informationszugang, Preisverleihung „Aufrechter Gang“.

Zu diesen Veranstaltungen wird noch gesondert eingeladen.

- Die Sitzungen des RV-Vorstands finden regelmäßig einmal im Monat statt und sind Vereins-öffentlich. Das nächste Treffen ist am 20. Dezember, 19 Uhr, bei Prof. Dr. W. Hering, Prof.-Berberich-Str. 34, 85579 Neubiberg. Wir bitten um vorherige Anmeldung.
- HU-Info per E-Mail: Wir bieten an, HU-Nachrichten, die in elektronischer Form verfügbar sind, per e-mail an Mitglieder und Interessenten zu senden. Wer diesen Dienst nutzen möchte, wird gebeten, eine entsprechende Mitteilung an w.killinger@link-m.de zu senden
- Ansprechpartner: Wolfgang Killinger (Adresse siehe oben).

BILDUNGSWERK DER HU BAYERN

Bildungswerks der HUMANISTISCHEN UNION Bayern e.V.,
c/o Johannes Glötzner, Egerländer Str. 4, 82166 Gräfelfing,
Telefon: 089/854 26 09

- Genauere Angaben zu Ort und Terminen der Treffen des Bildungswerkes der HUMANISTISCHEN UNION Bayern erfahren Sie über Johannes Glötzner (Adresse siehe oben).

KONTAKTADRESSE STUTTGART

Jürgen Kirschner
Schönauer Straße 17, 70569 Stuttgart,
Telefon und Fax: 0711/538899
e-mail: HuStuttgart@aol.com

- Ein neues HU-Mitglied, Jürgen Kirschner, hat die Initiative ergriffen, den seit längeren verwaisten Großraum Stuttgart über eine Kontaktstelle der HU wenigstens virtuell ansprechbar zu machen. Im Internet lautet die E-Mail-Adresse: HuStuttgart@aol.com
Bevorzugt am Wochenende nachmittags oder am frühen Abend erreichbar ist der Initiator Jürgen Kirschner (siehe oben)
Eine Information hierüber wird an die HU-Mitglieder in und um Stuttgart herum demnächst versendet werden. Bei einigem Zuspruch ließe sich später vielleicht auch ein Orts- oder Regionalverband aufbauen, sofern sich einige Engagierte finden und dies zeitlich machbar ist.

vorgänge zu verschenken

Ich muss mich von meiner ziemlich vollständigen Sammlung von 35 Jahrgängen (ab 1967) der vorgänge trennen. Zum Entsorgen sind sie mir zu wertvoll. Ich verschenke sie gegen Erstattung des Portos. Bitte melden bei: Günther Hack,
Robert-Koch-Str. 7, 32107 Bad Salzungen, Tel: 05222/795820,
Fax: 05222/795821, E-mail: hack.salzungen@t-online.de

Alles Gute für 2002!

**Allen Mitgliedern,
Mitreiterinnen und Mitreitern
der HUMANISTISCHEN UNION
wünschen wir
erholsame Feiertage
und einen
guten Start ins Neue Jahr!**

Bundesgeschäftsstelle und Redaktionsteam.

aus: Zahme Xenien

Amerika, du hast es besser
Als unser Kontinent, das alte,
Hast keine verfallene Schlösser
Und keine Basalte.
Dich stört nicht im Innern
Zu lebendiger Zeit
Unnützes Erinnern
Und vergeblicher Streit.

Johann Wolfgang von Goethe

Deutsche Post AG - Postvertriebsstück A 3109 F - Entgelt bezahlt
HUMANISTISCHE UNION e.V., Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin

IMPRESSUM

Verlag: HUMANISTISCHE UNION e.V.
Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin
Telefon: 0 30/20 45 02-56, Telefax: 0 30/20 45 02-57
Internet: <http://www.humanistische-union.de>
e-mail: hu@ipn-b.de

Redaktion: Tobias Baur (T.B.)
Mitarbeit: Hanar Klich, Melanie Kleinert, Jan Gattnar

Diskussionsteil:
Irmgard Koll, Zunzinger Str. 7a, 79379 Müllheim

Den Inhalt namentlich gezeichneter Artikel verantworten
die AutorInnen; Kürzungen bleiben der Redaktion vorbehalten.

Bankverbindung:
SEB AG, Bankleitzahl: 100 101 11, Kontonummer 19 886 698

Satz: ernst. / Jan Gattnar, Berlin
Druck: Grafa Druckerei, Berlin

Erscheinungsweise der MITTEILUNGEN: vierteljährlich
Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 5. Nov. 2001
Redaktionsschluß nächste Ausgabe: 15. Feb. 2002

ISSN 0046-824X

Coupon – ausschneiden und/oder kopieren und weitergeben!

- Senden Sie mir mehr Informationen über die HUMANISTISCHE UNION, die älteste Bürgerrechtsorganisation Deutschlands.
- Ich möchte mich für die Bürgerrechte engagieren und Mitglied der HUMANISTISCHEN UNION werden.
- Ich unterstütze die Arbeit der HUMANISTISCHEN UNION mit einer Spende.
- Kontonummer 1988 669 800 bei der SEB AG, Bankleitzahl 100 101 11 und möchte eine Spendenquittung.

Name: _____
Anschrift: _____

Bitte einsenden an: HUMANISTISCHE UNION e.V., Haus der Demokratie und Menschenrechte, Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin